

INDIKATOREN FÜR DAS MONITORING SOZIALER EINGLIEDERUNG IN ÖSTERREICH

Matthias Till (Projektleitung), Franz F. Eiffe, Georg Datler, Justus Henke,
Karin Schrittwieser, Ursula Till-Tentschert
Studie der Statistik Austria im Auftrag des BMASK

INHALTSVERZEICHNIS

Zusammenfassung	207
Lesehilfe zu den Indikatoren	214
1. Einleitung	218
1.1. Soziale Eingliederung als Herausforderung	220
1.2. Indikatoren für gemeinsame Ziele	221
2. Symptome mangelnder sozialer Eingliederung	226
2.1. Ein mehrdimensionaler Begriff von Armut	226
2.2. Finanzielle Armutsgefährdung	226
2.3. Deprivation und Mindestlebensstandard	229
2.4. Aktivierungsressourcen	232
3. Nationale Indikatoren für Österreich	235
3.1. Grundlagen der Indikatorenentwicklung	235
3.2. Darstellung der ausgewählten Indikatoren	242
3.3. Nationale Indikatoren zur Wohnraumversorgung in Österreich	249
3.4. Nationale Indikatoren zur Teilnahme am Erwerbsleben	257
3.5. Nationale Indikatoren zu den Bildungschancen in Österreich	264
3.6. Nationale Indikatoren zur Gesundheitsversorgung in Österreich	269
3.7. Definition der Kontextvariablen	273
4. Wirkungszusammenhänge bei der Entstehung von Armutslagen	276
4.1. Das Wirkungsgefüge von Primär- und Sekundärkontexten	276
4.2. Überschneidungen verschiedener Aspekte der Armut	279
4.3. Veränderungen im Zeitverlauf	281
4.4. Eingliederungsbilanzen und Kontextveränderungen	284
5. Was wäre wenn? – Modellrechnungen und Simulationen	293
5.1. Risikomultiplikatoren der Armutsgefährdung	293
5.2. Sensitivitätsrechnungen zur Wirkung genereller Trends	297
6. Literaturverzeichnis	300

VERZEICHNIS DER ÜBERSICHTEN

Übersicht 1:	Nationale Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich	213
Übersicht 2a:	Gemeinsame EU-Indikatoren im Bereich soziale Eingliederung (Übersicht)	224
Übersicht 2b:	Gemeinsame EU-Indikatoren - Übergreifende Indikatoren zur sozialen Eingliederung	225
Übersicht 3:	Dauerarmutsgefährdungsanteil (in % der Armutsgefährdeten)	243
Übersicht 4:	Finanzielle Deprivation (in % der Bevölkerung)	245
Übersicht 5:	Medianeinkommen (in % vom Median der Bevölkerung)	247
Übersicht 6:	Einkommenslücke	249
Übersicht 7:	Überbelag (in % der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten)	251
Übersicht 8:	Unzumutbarer Wohnkostenanteil (Wohnungsaufwand über ein Viertel des Einkommens, in % der Bevölkerung)	253
Übersicht 9:	Prekäre Wohnqualität (in % der Bevölkerung)	254
Übersicht 10:	Belastung durch Wohnumgebung (Lärm, Kriminalität oder Umweltverschmutzung, in % der Bevölkerung)	256
Übersicht 11:	Arbeitsmarktfernenquote (in % der Bevölkerung)	258
Übersicht 12:	Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Gefährdungs- schwelle (in % der Personen in Erwerbshaushalten)	260
Übersicht 13:	Niedriger Stundenlohn (in % der unselbständig Erwerbstätigen, mind. 12h, ohne Lehrlinge)	262
Übersicht 14:	Erwerbshindernisse (Personen im Erwerbsalter) (in 1.000)	263
Übersicht 15:	Bildungsaktivität (in % der Bevölkerung)	265
Übersicht 16:	Vorschulbildungschancen	267
Übersicht 17:	Anteil der Jugendlichen mit keinem Besuch/Abschluss des Sekundarbereichs II oder höher (in % aller Jugendlichen der Altersgruppe)	269

Übersicht 18:	Gesundheitsprobleme (chronische Krankheit, Beeinträchtigung oder subjektiv schlechter Gesundheitszustand, in %)	271
Übersicht 19:	Soziale Lebenserwartungsdifferenzen	273
Übersicht 20:	Armutsgefährdung, Deprivation und Aktivierungsressourcen von 1995-2006	282
Übersicht 21:	Armutsgefährdung von Haushaltstypen und Merkmale der hauptverdienenden Person (in %)	284
Übersicht 22:	Übertritte in Bezug auf Armutsgefährdung zwischen 2005 und 2006	287
Übersicht 23:	Zugänge in die Armutsgefährdung in Verbindung mit einem veränderten Erwerbseinkommen im Haushalt zwischen 2005 und 2006	288
Übersicht 24:	Abgänge der Armutsgefährdung in Verbindung mit einem veränderten Erwerbseinkommen im Haushalt zwischen 2005 und 2006	289
Übersicht 25:	Abgänge aus der Armutsgefährdung in Verbindung mit Beschäftigungs-auf oder -zunahme der Frau im Haushalt zwischen 2005 und 2006	290
Übersicht 26:	Übertritte in Verbindung mit gestiegenen Aktivierungsressourcen in armutsgefährdeten Haushalten zwischen 2005 und 2006	291
Übersicht 27:	Risikomultiplikatoren der Armutsgefährdung von 1995 bis 2006	295
Übersicht 28:	Strukturveränderungseffekte 1995 bis 2020	298
Übersicht 29:	Partielle Strukturveränderungseffekte 1995 bis 2006	299

VERZEICHNIS DER GRAFIKEN

Grafik 1:	Armutsgefährdungsquoten und -lücken in der Europäischen Union	221
Grafik 2:	Dauergefährdungsanteil für ausgewählte Bevölkerungsgruppen	242
Grafik 3:	Deprivationsquote, Trend 1995-2007	244
Grafik 4:	Standardisiertes Medianeinkommen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, Trend 1996-2007	246
Grafik 5:	Einkommenslücke, Trend 1995-2007	248
Grafik 6:	Überbelag in Mehrpersonenhaushalten, Trend 2003-2007	250
Grafik 7:	Unzumutbarer Wohnkostenanteil, Trend 2004-2007	252
Grafik 8:	Prekäre Wohnqualität, Trend 2004-2007	254
Grafik 9:	Belastung durch die Wohnumgebung, Trend 1995-2007	255
Grafik 10:	Arbeitsmarktfernenquote, Trend 2005-2008	257
Grafik 11:	Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Gefährdungsschwelle, Trend 1995-2007	259
Grafik 12:	Niedrigstundenlohnquote, Trend 1995-2007	261
Grafik 13:	Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten, Trend 2005-2008	263
Grafik 14:	Bildungsaktivität, Trend 2005-2007	264
Grafik 15:	Vorschulbildungschancen, Trend 2006-2007	265
Grafik 16:	Bildungsferne Jugendliche im Alter von 16 bis 19 bzw. 20 bis 24 Jahren, Trend 2006-2008	268
Grafik 17:	Gesundheitsprobleme, Trend 1995-2007	270
Grafik 18:	Fernere Lebenserwartung mit 35 Jahren, Trend 1981/82-2001/2	272
Grafik 19:	Schalenmodell der sozialen Eingliederung	278

Grafik 20:	Vereinfachtes Strukturierungsmodell für soziale Eingliederung	278
Grafik 21:	Armutsgefährdung	280
Grafik 22:	Risikomultiplikatoren (odd ratios) für überproportional gefährdete Haushalte	294

ZUSAMMENFASSUNG

INDIKATOREN FÜR SOZIALE EINGLIEDERUNG IN ÖSTERREICH UND DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben gemeinsame sozialpolitische Ziele. Damit die Verwirklichung dieser Ziele objektiv messbar ist, haben die europäischen Institutionen die regelmäßige Beobachtung anhand von statistischen Indikatoren beschlossen. Für spezifische nationale Strategien sind die gemeinsamen EU-Indikatoren jedoch nur eingeschränkt anwendbar. In der offenen Methode der Koordinierung (OMK) werden deshalb auch nationale Indikatoren für soziale Eingliederung berücksichtigt. Das Bundesministerium für Soziales, Arbeit und Konsumentenschutz (BMASK) hat Statistik Austria beauftragt, Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich zu entwickeln. Dabei wurden in Zusammenarbeit mit einem Beirat aus Fachleuten, Interessensvertretungen und der Armutskonferenz insgesamt 18 Indikatoren ausgewählt. Eine repräsentative Telefonumfrage sowie eine begleitende qualitative Studie des Instituts für Soziologie der Universität Wien gewährleistete die Einbeziehung möglichst breiter Bevölkerungsschichten sowie Personen, die selbst von Armut betroffen sind. Der nun verfügbare Indikatorenkatalog bezieht sich daher auf Problemlagen, die für die Bevölkerung in Österreich von besonderer Relevanz sind.

SOZIALE EINGLIEDERUNG BEDEUTET SCHUTZ VOR ARMUT

Der Begriff „Soziale Eingliederung“ bezeichnet den Prozess, in dem Menschen die Mittel und Chancen erhalten, sich wirtschaftlich, sozial und kulturell in einer Gesellschaft zu integrieren. Strategien für soziale Eingliederung zielen auf die Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Der Armutsbegriff enthält dabei eine Aufforderung zur Unterstützung: wer als arm gilt, soll unterstützt werden. Das Verfahren der Indikatorenentwicklung war daher besonders auf Lebensbereiche ausgerichtet,

in denen Menschen durch staatliche Interventionen unterstützt werden sollen. Die ausgewählten Indikatoren orientieren sich daher an den Bereichen Einkommens- und Lebensstandardsicherung, Wohnraumversorgung, Bildungszugang, Teilnahme am Erwerbsleben und Gesundheitsversorgung.

ARMUT HAT MEHRERE GESICHTER

Armut zeigt sich an einem Mangel an Ressourcen. Wenn zum Beispiel viele Menschen ein geringes, armutsgefährdendes Einkommen haben, kann dies ein Anzeichen für soziale Spaltung sein. Armutsgefährdung deutet auf Lücken in der durch Arbeitsmarkt, Familie und Sozialstaat gewährleisteten finanziellen Absicherung. Aber nicht alle Menschen, die ein laufendes Einkommen beziehen, können auch an den zentralen gesellschaftlichen Bereichen teilhaben. Die Benachteiligung gegenüber der in einer Gesellschaft als selbstverständlich angenommenen Lebensführung wird in der Armutsforschung als Deprivation bezeichnet. Wer wenig Geld hat, muss sich insbesondere beim materiellen Lebensstandard einschränken. Entscheidend ist dabei, ob finanzielle Engpässe vorübergehend oder dauerhaft sind. Wer jung, gesund und erwerbstätig oder in Ausbildung ist, hat in der Regel bessere Zukunftsperspektiven als etwa erwerbsunfähige Personen. Gleichzeitig ergeben sich je nach den persönlichen Voraussetzungen unterschiedliche Interventionsmöglichkeiten. Gesundheit, Bildung oder die Teilnahme am Erwerbsleben sind daher Aktivierungsressourcen, also nicht-monetäre Mittel. Sie bilden die Voraussetzung, die es Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen ermöglicht, aus eigener Kraft eine normale Lebensführung zu erreichen. Darüber hinaus sind Gesundheit, Arbeit und Bildung selbstverständlich auch unmittelbar relevante Aspekte der gesellschaftlichen Teilhabe.

EFFEKTE WOHLFAHRTSSTAATLICHER LEISTUNGEN

Staatliche Transferleistungen sind in Österreich überwiegend Versicherungsleistungen, die durch Beitragszahlungen begründet sind. Andere Sozialleistungen stehen universell zur Verfügung, um Gruppen mit erhöhten Lebenskosten zu unterstützen (z.B. Pflegegeld oder Familienbeihilfen). Das eigentliche Ziel der Armutsreduktion ist vorwiegend bei den Leistungen der Bundesländer wie der Sozialhilfe oder der Wohnbeihilfe erkennbar. Obwohl soziale Unterstützungen breit gestreut sind, stellen sie vor allem für gefährdete Personen die wichtigste Existenzgrundlage dar. Werden weder Pensionen noch Sozialleistungen eingerechnet, dann haben in Österreich insgesamt 3,5 Millionen Menschen ein Einkommen, das geringer ist als die Armutsgefährdungsschwelle. Der Bevölkerungsanteil unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 25%, wenn soziale Transferleistungen nicht berücksichtigt werden und ist damit fast doppelt so hoch wie die aktuelle Armutsgefährdungsquote. Ohne Berücksichtigung von Pensionen fallen sogar 43% der Bevölkerung unter die Gefährdungsschwelle.

Staatliche Eingriffe, die durch den Zugang zu Dienstleistungen und Infrastrukturen erfolgen, sind hier noch nicht einbezogen. Denn öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit; Verkehr oder sozialen Wohnbau können die Lebenskosten entscheidend reduzieren, tragen aber nicht unmittelbar zum Einkommen der privaten Haushalte bei.

AKTIVIERUNG DURCH ARBEIT

Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit spielt eine wichtige Rolle in allen „Aktivierungsansätzen“, um die Haushalte zu unterstützen, aus eigener Kraft die Armutsgefährdungsschwelle mit Hilfe zusätzlicher Erwerbseinkommen zu überschreiten. Haushalte mit Kleinkindern sind sowohl hinsichtlich des Einkommens als auch hinsichtlich der Lebenskosten (z.B. für Wohnen) stark gefährdet und daher besonders auf sozialpolitische Interventionen angewiesen. Allerdings können die bestehenden Transferleis-

tungen, die durch Frauenerwerbstätigkeit gewährleistete finanzielle Absicherung nicht ersetzen. Der Schutz der Familien vor finanzieller Armutsgefährdung ist deshalb auch stark von einer geeigneten Infrastruktur für Kinderbetreuung abhängig. Die Zahl der Personen, die sich aufgrund von Betreuungspflichten (vor allem für Kinder) nicht oder nur eingeschränkt am Erwerbsleben beteiligen können, wird auf etwa 79.000 geschätzt. Erwerbsbeteiligung, und vor allem jene der Mütter, ist dabei auch ein entscheidender Faktor für die finanzielle Armutsgefährdung.

GEFÄHRDET TROTZT ERWERBSTÄTIGKEIT

Erwerbstätigkeit ist zwar ein notwendiger, aber noch kein hinreichender Faktor zur Vermeidung von Armutsgefährdung. Ein erheblicher Teil der Arbeitsplätze in österreichischen Betrieben bietet kein Beschäftigungseinkommen, das ein Leben jenseits der Armutsgefährdungsschwelle garantiert. Das gilt besonders für Alleinverdienerhaushalte, in denen mehrere Personen auf ein einziges Erwerbseinkommen angewiesen sind.

Maßnahmen, die eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie (sowohl für Frauen als auch für Männer) ermöglichen, tragen daher auch dazu bei, den Kreis der Armutsgefährdung nachhaltig zu verringern.

SCHLÜSSELEMENT BILDUNG

Die Steigerung der Bildungsbeteiligung ist einer der wesentlichsten Faktoren dafür, dass die Armutsgefährdungsquote in den letzten Jahrzehnten kaum zugenommen hat. Armutsgefährdung trifft besonders häufig und hart jene, deren Bildungskarriere mit Erfüllung der Schulpflicht beendet wurde. Fehlt es an Bildung, dann nimmt die Armutsgefährdung aufgrund vielfältiger Wirkungszusammenhänge zu. Wem es an weiterführender Bildung mangelt, muss mit einem geringeren Lohn und häufiger Arbeitslosigkeit rechnen und kann in Folge nur niedrige Transfereinkommen aus jenen

Leistungen beziehen, die an das Erwerbseinkommen gekoppelt sind (wie etwa das Arbeitslosengeld oder die Alterspension).

SOZIALE SICHERUNG FÜR KINDER

Kinder repräsentieren die Zukunft jeder Gesellschaft. Die Lasten dieser Zukunftssicherung werden allerdings in erheblichem Ausmaß individualisiert. Ein „Leben mit Kindern“ ist für die Kinder und ihre Eltern mit erhöhter Armutsgefährdung verbunden. Eine von vier armutsgefährdeten Personen ist noch nicht volljährig. Nahezu die Hälfte der Armutsgefährdeten lebt in einer Familie. Instrumente, mit denen die soziale Sicherung für armutsgefährdete Kinder verbessert wird, haben daher besondere Breitenwirkung. Dies beschränkt sich nicht allein auf die in Österreich bestehenden Instrumente wie Familienbeihilfe und Lohnsteuer.

MIGRATIONSBEDINGTE ARMUTSLAGEN LASSEN SICH ÜBERWINDEN

Zugewanderte sind keine gleichförmige soziale Gruppe; auch dann, wenn sie aus demselben Herkunftsland stammen. Bereits aus der demographischen Struktur von zugewanderten Personen ergibt sich auch eine überdurchschnittliche Dynamik sozialer Lagen. Im Durchschnitt ist das Gefährdungsrisiko von Personen mit Migrationshintergrund etwa doppelt so hoch wie bei den in Österreich geborenen Personen. Aber etwa jede zweite Person schafft den Aufstieg über die Armutsgefährdungsschwelle (von einem auf das andere Jahr). Mit längerer Aufenthaltsdauer gelingt es demnach einem erheblichen Teil der MigrantInnen aus eigener Kraft aus der Armutsgefährdung herauszugelangen.

DIE WIRKUNG GENERELLER TRENDS

Die hier vorgelegten Befunde bieten keinen Hinweis, dass Armut in Privathaushal-

ten zwischen dem EU-Beitritt 1995 und dem Jahr 2007, also bis vor dem Beginn der Wirtschaftskrise, zugenommen hat. Eine erstmalig durchgeführte Analyse von Veränderungen der individuellen Armutspositionen zeigt, dass in den letzten Jahren mehr Personen eine Gefährdungslage überwinden konnten als in eine solche hineingeraten sind. Die meisten dieser Übertritte stehen in Zusammenhang mit einer Verbesserung von Aktivierungsressourcen, insbesondere Beschäftigungsaufnahmen. Ein besonders starker Effekt konnte für die Erwerbstätigkeit von Frauen nachgewiesen werden.

Rein quantitativ bleiben Transferleistungen, staatliche Sozialleistungen und Pensionen die wichtigste Bestimmungsgröße für den Kreis der armutsgefährdeten Haushalte und Personen. In den letzten 10 Jahren hatten sozioökonomische Entwicklungen im Vergleich zur (politisch bestimmten) Größe und Zusammensetzung der Sozialausgaben eine recht überschaubare Wirkung.

Als einflussreichster Struktureffekt erweist sich die Erhöhung der Zahl der Personen mit weiterführender Schulbildung sowie eine Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit. Während der letzten 10 Jahre wurde eine gedämpfte Steigerung der mittleren Einkommen beobachtet. Dadurch hat sich tendenziell der Abstand zwischen den mittleren und den niedrigeren Einkommen verringert. Gleichzeitig kam es zu einer wachsenden Polarisierung zwischen den mittleren und den höchsten Einkommenspositionen. Die Annäherung von Mittelstand und benachteiligten Bevölkerungsgruppen kann folglich auch zu einer subjektiven Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten beitragen.

STATISTISCHE INDIKATOREN FÜR ZUKÜNFTIGE HERAUSFORDERUNGEN

Die prognostizierte Entwicklung der zentralen Kontextfaktoren wie Erwerbsquoten, Bildungsbeteiligung und Zuwanderung macht mittelfristig eine Vergrößerung des Kreises der armutsgefährdeten Personen wahrscheinlich. Welche Auswirkungen die gravierende Zunahme der Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der weltweiten Wirtschaftskrise

hat, ist noch nicht absehbar. Übersicht 1 zeigt die 17 im Rahmen dieses Projektes ausgewählten nationalen Indikatoren für soziale Eingliederung. Dieser Katalog ergänzt die gemeinsamen europäischen Indikatoren und bietet erstmalig ein breit abgestimmtes Instrument für die kontinuierliche Berichterstattung in Österreich. Darin sind auch wichtige Leitindikatoren für den nationalen Strategieplan 2008 bis 2011 enthalten.

Übersicht 1: Nationale Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich

	Indikator	Datenbasis	Absolut (gerundet)	in %
Haushaltseinkommen und Lebensstandard	DAUERARMUTSGEFÄHRDUNGSANTEIL (2-Jahre) (in % der Armutsgefährdeten)	SILC	535.000	54
	DEPRIVATIONSQUOTE (in % der Bevölkerung)	SILC	1.234.000	15
	STANDARDISIERTES MEDIANEINKOMMEN (Median, Änderungsrate pro Jahr)	SILC	18.200 Euro pro Jahr	2,2
	EINKOMMENS LÜCKE (in % vom BIP)	SILC	1,90 Mrd. Euro	0,71
Wohnraum	ÜBERBELAG IN MEHRPERSONENHAUSHALTEN (in % der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten)	SILC	606.000	9
	UNZUMUTBARER WOHNUNGS-AUFWAND (in % der Bevölkerung)	SILC	1.432.000	17
	PREKÄRE WOHNQUALITÄT (in % der Bevölkerung)	SILC	223.000	3
	BELASTUNG DURCH WOHN-UMGEBUNG (in % der Bevölkerung)	SILC	752.000	9
Erwerbsleben	ARBEITSMARKTFERNENQUOTE (in % der Bev. im Erwerbsalter, ohne Personen in Ausbildung/Pension)	Mikrozensus	537.000	12,4
	HAUSHALTSEINKOMMEN AUS ERWERBSARBEIT UNTER GE-FÄHRDUNGSSCHWELLE (in % der Personen in Erwerbshaushalten)	SILC	1.333.000	19
	NIEDRIGE STUNDENLÖHNE (in % der Erwerbstätigen)	SILC	120.000	4
	ERWERBSHINDERNISSE durch BETREUUNGSPFLICHTEN (in 1.000)	Mikrozensus	79.000	-
Bildungs-chancen	BILDUNGS-AKTIVITÄT (in % der Bevölkerung ab 15 Jahren)	Mikrozensus	1.269.000	18,2
	VORSCHULBILDUNGSCHANCEN (in % der 3-5 Jährigen)	Kinder-tagesheimstatistik	205.000	84,6
	BILDUNGSFERNE JUGENDLICHE (in % der 16- bis 24-Jährigen)	Mikrozensus	99.000	10,8
Gesund-heit	GESUNDHEITSPROBLEME (in % der Bevölkerung ab 16 Jahren)	SILC	596.000	9
	SOZIALE LEBENSERWARTUNGSDIFFERENZEN	VZ/ Standesfälle	M: 6,2 Jahre W: 2,8 Jahre	-

LESEHILFE ZU DEN INDIKATOREN

HAUSHALTSEINKOMMEN UND LEBENSSTANDARD

Dauerarmutsgefährdungsanteil (2-Jahre): Rund 535.000 Personen bzw. 54 Prozent der armutsgefährdeten Personen leben in dauerhaft armutsgefährdeten Haushalten. Das Jahreseinkommen dieser Haushalte lag in zwei aufeinanderfolgenden Jahren unter der Armutsgefährdungsschwelle (= 60% des Medianeinkommens, d.h. rund 910 Euro pro Monat für einen Einpersonenhaushalt zuzüglich 450 Euro für jeden weiteren Erwachsenen bzw. rund 270 Euro für jedes weitere Kind).

Deprivationsquote: Rund 1,2 Millionen Menschen bzw. 15 Prozent der Gesamtbevölkerung leben in einem finanziell deprivierten Haushalt. Sie verfügen über so wenig Geld, dass mindestens zwei dieser Dinge nicht leistbar sind: neue Kleidung zu kaufen; die Wohnung warm zu halten; Miete, Strom rechtzeitig zu zahlen; alle 2 Tage Huhn, Fisch, Fleisch zu essen; unerwartete Ausgaben zu bezahlen; einmal im Monat Freunde oder Verwandte zum Essen einzuladen; notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche für alle Personen im Haushalt).

Standardisiertes Medianeinkommen: Der mittlere (nominale) Lebensstandard in der Bevölkerung ist um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dieser Median-Lebensstandard wird von einem Einpersonenhaushalt erreicht, bei dem das insgesamt verfügbare Nettoeinkommen pro Jahr rund 18.200 Euro beträgt.

Einkommenslücke: Rund 1,9 Milliarden Euro bzw. 0,71 Prozent des BIP wären erforderlich, um allen armutsgefährdeten Haushalten eine Aufstockung ihres Einkommens auf die Armutsgefährdungsschwelle zu ermöglichen.

WOHNRAUM

Überbelag: Rund 606.000 Menschen bzw. 9 Prozent der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten leben in einer überbelegten Wohnung. Die Zahl der Wohnräume bei Überbelag ist bei 2 Personen weniger als 2; bei 3 bis 4 Personen weniger als 3; 5 bis 6 Personen weniger als 4; bei 7 bis 8 Personen weniger als 5; bei 9 oder mehr Personen weniger als 6. Als Überbelag gilt auch, wenn die Wohnung insgesamt weniger als 16 m² hat oder die Wohnräume durchschnittlich kleiner als 8 m² sind.

Unzumutbarer Wohnungsaufwand: Rund 1,4 Millionen Menschen – 17 Prozent der Gesamtbevölkerung – müssen mehr als ein Viertel ihres Haushaltseinkommens für ihre Wohnkosten aufwenden (einschließlich Betriebskosten, Energie- und Instandhaltungskosten sowie Kreditrückzahlungen bei Wohnungs- oder Hauseigentum).

Prekäre Wohnqualität: Rund 223.000 Menschen bzw. 3 Prozent der Gesamtbevölkerung leben in einer Wohnung, die kein WC oder Badezimmer hat, feucht, schimmelig oder dunkel ist oder über keine Waschmaschine oder Waschküche verfügt. (Der Indikator bezieht sich auf Personen bei denen 2 dieser 4 Merkmale zutreffen).

Belastung durch Wohnumgebung: Rund 752.000 Menschen bzw. 9 Prozent der Gesamtbevölkerung sind durch Kriminalität, Lärm oder Umweltverschmutzung belastet. (Der Indikator bezieht sich auf Personen bei denen 2 dieser 3 Merkmale zutreffen).

ERWERBSLEBEN

Arbeitsmarktfremdenquote: Rund 537.000 Menschen bzw. 12 Prozent der Personen im Erwerbsalter (15 bis 64 Jahre) sind weder erwerbstätig noch arbeitsuchend (ausgenommen Personen in Ausbildung oder Pension).

Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter der Armutsgefährdungsschwelle: Rund 1,33 Millionen Menschen bzw. 19 Prozent der Personen in Erwerbstätigenhaushalten erzielen ein Arbeitseinkommen (einschließlich Familienleistungen), das geringer ist als die Armutsgefährdungsschwelle.

Niedrigstundenlohnquote: Rund 120.000 Menschen bzw. 4 Prozent der Erwerbstätigen (ohne Lehrlinge) haben einen Bruttostundenverdienst von weniger als 5,77 Euro bzw. verdienen bei einer Arbeitszeit von 40 Stunden weniger als 1.000 Euro pro Monat.

Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten: Rund 79.000 Menschen sind wegen mangelnder Versorgung oder Zugänglichkeit von Betreuungseinrichtungen nicht oder nur eingeschränkt erwerbstätig.

BILDUNGSCHANCEN

Bildungsaktivität: Rund 1,27 Millionen Menschen bzw. 18 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren absolvieren gegenwärtig eine schulische oder berufliche Aus- bzw. Fortbildung.

Vorschulbildungschancen: Rund 205.000 Kinder bzw. 85 Prozent der Kinder im Vorschulalter (3-5 Jahre) besuchen einen Kindergarten.

Bildungsferne Jugendliche: Rund 99.000 Jugendliche bzw. 11 Prozent der Jugendlichen (16 bis 24 Jahre) besuchen keine Ausbildung im Sekundarbereich II (Lehre, BMS oder Matura) und haben keine dieser Ausbildungen bereits abgeschlossen.

GESUNDHEIT

Gesundheitsprobleme: rund 596.000 Menschen bzw. 9 Prozent der Bevölkerung ab 16 Jahren schätzen ihren Gesundheitszustand subjektiv als sehr schlecht ein, bezeichnen sich als chronisch krank oder wegen gesundheitlicher Probleme oder einer Behinderung stark eingeschränkt in der alltäglichen Lebensführung (zwei von drei Problemen).

Soziale Differenzen in der Lebenserwartung: Die fernere Lebenserwartung von Männern mit Hochschulabschluss im Alter von 35 Jahren ist im Durchschnitt um 6,2 Jahre bzw. jene der Frauen mit Hochschulabschluss um 2,8 Jahre höher als für Männer und Frauen mit Pflichtschulabschluss.

1. EINLEITUNG

Das erklärte gemeinsame Ziel der Regierungen aller EU-Mitgliedsstaaten ist die Reduktion von Armut und sozialer Ausgrenzung in Europa. Die Mitgliedstaaten haben sich im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung (OMK) dazu verpflichtet, nationale Strategien zu entwickeln. Vorgesehen ist ein kontinuierliches Monitoring dieser Strategien anhand von gemeinsamen Indikatoren. Um den Bedarf und die Wirkung spezifischer nationaler Strategien im Bereich der sozialen Eingliederung berücksichtigen zu können, sind zusätzlich auch nationale Indikatoren vorgesehen. Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz beauftragte die Statistik Austria daher mit der Entwicklung von Eingliederungsindikatoren für Österreich.

Die Bestimmung von Armutslagen ist nicht allein durch Merkmalsauszählungen der amtlichen Statistik zu erreichen. Ihre Definition setzt Normen der sozialen Unterstützung voraus. Diese werden in politischen Prozessen geformt und in der öffentlichen Wahrnehmung und alltäglichen Praxis sichtbar. Allgemeine Unterstützungsnormen können spezifische juristische Kategorien begründen (z.B. im Sozialhilfwesen, bei Arbeitslosenunterstützungen oder Pensionsleistungen). Eine handlungsleitende Definition von Armut orientiert sich jedoch nicht nur am geleisteten Input, sondern an den Lebensbedingungen, auf die sozialpolitische Eingriffe gemäß allgemeiner Unterstützungsnormen prinzipiell gerichtet werden müssten.

Statistische Indikatoren werden aus empirischen Beobachtungen der Lebensverhältnisse und allgemeinen Normen abgeleitet. Im Gegensatz zur amtlichen Prüfung von Leistungsvoraussetzungen sind jedoch in der Regel keine expliziten Normen anwendbar und es stehen meist nur freiwillig gegebene Antworten auf standardisierte Fragen zur Verfügung.

Um die normative Relevanz der Indikatoren zu prüfen, wurde eine möglichst große Zahl unterschiedlicher Akteure und Akteurinnen in eine offene und kritische Diskussion zwischen Auftraggeber, Fachleuten der Universität Wien, Synthesis Forschung sowie dem Projektteam der Statistik Austria eingebunden. Ziel war es, einen möglichst breiten Konsens zu erreichen. Um widersprüchliche Positionen sichtbar zu machen und interessenspolitischen Schwerpunktsetzungen Raum zu geben, wurden insgesamt fünf Sitzungen eines unabhängigen Projektbeirates abgehalten. Zudem wurden Befragungen und Diskussionen mit Fachleuten und Selbsthilfegruppen durchgeführt. Mittels einer Telefonbefragung wurde erstmals erhoben, welche der international üblichen Erhebungsmerkmale nach allgemeiner Auffassung als absolut notwendiger Mindestlebensstandard anzusehen sind. Was sich demnach jeder Mensch in Österreich leisten können soll, ist: nahrhaftes Essen, neue Kleidung, eine warme Wohnung, notwendige Arztbesuche, Freunde einzuladen sowie regelmäßige Zahlungen und unerwartete Ausgaben tätigen zu können.

Im Rahmen des Projekts wurden vier Arbeitspapiere (Till-Tentschert und Weiss 2008; Kernbeiß et al. 2008; Henke et al. 2008; Till/Henke/Schrittwieser. 2008) und ein Endbericht (Till, Wagner et al. 2008) mit Protokollen der Arbeitsgruppen erstellt. Die vorliegende Publikation fasst die wichtigsten Kernergebnisse zusammen. Eine Übersicht, welche statistischen Merkmale bei der Untersuchung von sozialer Eingliederung anhand einer Haushaltsbefragung wie EU-SILC berücksichtigt werden können, findet sich in Kapitel 2. Welche Faktoren für die Entwicklung der finanziellen Armutsgefährdung bedeutend sind, wird in den Kapiteln 3 und 4 untersucht. Das 5. Kapitel beschreibt, wie die ergänzenden nationalen Indikatoren ausgewählt wurden und präsentiert aktualisierte Ergebnisse. Detailliertere Ergebnisse finden sich in einem ausführlichen Übersichtsteil mit Zeitreihen mit den zwischen 1995 und 2008 verfügbaren Ergebnissen für die nationalen Indikatoren.

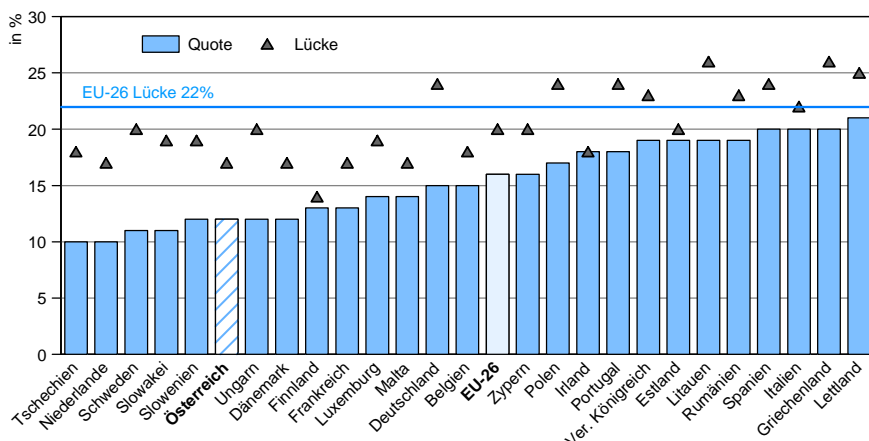
Die hier vorgelegten Indikatoren haben ihre unmittelbare Relevanz für das Monitoring des Strategieplanes 2008-2011. Eine regelmäßige Aktualisierung der Indikatoren durch die Statistik Austria ist beabsichtigt. Darüber hinaus soll der Indikatorenkatalog aber auch Ausgangspunkt für die weiterführende Armutsforschung und Indikatorenentwicklung sein. Da letztlich auf vorhandene Datenquellen zurückgegriffen werden musste, ist der Informationsstand nicht für alle Bevölkerungsgruppen zufriedenstellend. Dies gilt generell für Minderheitengruppen, die weniger als 50.000 Personen umfassen, bzw. nicht in Privathaushalten anzutreffen sind (z.B. in Altenwohnheimen wohnen). Im Verlauf des Projektes mussten auch einige besonders wichtige Indikatoren aus dem Indikatorenkatalog ausgeschieden werden. Aufgrund von Qualitätsmängeln bzw. der Verfügbarkeit von Daten war es beispielsweise im Rahmen dieses Projektes nicht möglich, einen verlässlichen Indikator zur Wohnungslosigkeit zu entwickeln.¹ Die Situation der Kinder und Jugendlichen wird in allen Indikatoren über die Altersgliederung der Übersicht mitberücksichtigt. Indikatoren, die auf die speziellen Bedürfnisse dieser Gruppe abgestimmt sind, liegen jedoch leider derzeit nicht vor.

1.1. Soziale Eingliederung als Herausforderung

In den 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union leben etwa 78 Millionen Menschen mit einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Das entspricht rund 16% der Gesamtbevölkerung der Europäischen Union. Die Armutsgefährdungsschwellen werden für jedes EU-Land separat bemessen und variieren nach den unterschiedlichen Lebensstandardniveaus. Unter Berücksichtigung der Schwankungsbreite liegt die Armutsgefährdung in Österreich zwischen 11% und 13%. Sie ist damit signifikant niedriger als der EU-Schnitt (siehe Grafik 1).

¹ Als mögliche Grundlagen wurden die Anzahl der Delogierungen aus Privatwohnungen, die Anzahl der Wohnungslosenmeldungen im Melderegister sowie die Anzahl der Personen in Einrichtungen für Wohnungslose überprüft.

Grafik 1: Armutsgefährdungsquoten und -lücken in der Europäischen Union



Q: EUROSTAT 2007. Die Armutsgefährdungsschwelle ist in Kaufkraftstandards (Basis=Österreich) für Einpersonenhaushalte in Euro ausgewiesen. Grundlage sind vergleichende Preisniveaus des Endverbrauchs der privaten Haushalte einschließlich indirekter Steuern.

Aussagen über die Intensität der Armutsgefährdung lassen sich auf europäischer Ebene auch im Vergleich der Armutsgefährdungslücken treffen. Diese zeigt, dass EU-weit das Median-Einkommen der Armutsgefährdeten um 22% niedriger ist als die Armutsgefährdungsschwelle im jeweiligen Land. Mit einer Armutsgefährdungslücke von 17% ist die Intensität in Österreich sogar wesentlich geringer als in Ländern mit niedrigeren Gefährdungsquoten. Nur in Finnland ist der Abstand des mittleren Einkommens der Betroffenen zur Schwelle geringer.

1.2. Indikatoren für gemeinsame Ziele

Der Schutz vor sozialer Ausgrenzung ist seit dem Vertrag von Amsterdam (1997) zentraler Bestandteil einer gemeinsamen Sozialpolitik der Europäischen Union. Sozialschutz wird auch im EU-Reformvertragvertrag (Lissabon) unter Artikel 151 ausdrücklich zum Ziel erklärt:

„Die Union und die Mitgliedstaaten verfolgen eingedenk der sozialen Grundrechte, wie sie in der am 18. Oktober 1961 in Turin unterzeichneten Europäischen Sozialcharta und in der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989 festgelegt sind, folgende Ziele: die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Lebens und Arbeitsbedingungen, um dadurch auf dem Wege des Fortschritts ihre Angleichung zu ermöglichen, einen angemessenen sozialen Schutz, den sozialen Dialog, die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials im Hinblick auf ein dauerhaft hohes Beschäftigungsniveau und die Bekämpfung von Ausgrenzungen. Zu diesem Zweck führen die Union und die Mitgliedstaaten Maßnahmen durch, die der Vielfalt der einzelstaatlichen Gepflogenheiten, insbesondere in den vertraglichen Beziehungen, sowie der Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Union zu erhalten, Rechnung tragen. Sie sind der Auffassung, dass sich eine solche Entwicklung sowohl aus dem eine Abstimmung der Sozialordnungen begünstigenden Wirken des Binnenmarkts als auch aus den in den Verträgen vorgesehenen Verfahren sowie aus der Angleichung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften ergeben wird.“ (Artikel 151 des EU-Vertrages)“

Politische Basis für eine deutlich verstärkte Auseinandersetzung mit der Armutproblematik innerhalb der Europäischen Union ist das im Jahr 2000 in Lissabon gesetzte Bekenntnis des Europäischen Rates, die Beseitigung der Armut sowie der sozialen Ausgrenzung bis zum Jahr 2010 entscheidend voranzubringen. Ein erstes Bündel gemeinsamer Zielvereinbarungen wurde auf der Tagung des Europäischen Rates in Nizza im Dezember 2000 gebilligt und im Dezember 2002 überarbeitet. In der politischen Praxis wurden sozialpolitische Ziele eng an den Lissabon-Prozess gekoppelt.

Im Jahr 2001 wurde deshalb im Zuge der Tagung des Europäischen Rates in Laeken ein Bericht vorgelegt, in dem man sich auf ein gemeinsames Indikatorensystem zur Messung von sozialer Eingliederung einigte. Das ursprüngliche System bestand aus 18 Einzelindikatoren und bezog sich auf die Bereiche Einkommen, Arbeit, Bildung

und Gesundheit. Es wurde vor allem zur Vertiefung und Ergänzung der Strukturindikatoren zum sozialen Zusammenhalt geschaffen und integriert diese Kennzahlen für den Lissabon Prozess (vgl. Atkinson et al., 2004). Die Indikatoren wurden inzwischen neu strukturiert, und bestehen neben einem übergreifenden Set an Leitindikatoren (overarching portfolio) auch aus drei thematischen Schwerpunktindikatoren zur sozialen Eingliederung, Pensionssicherung und Gesundheit. Wie bei den ursprünglichen Laeken-Indikatoren werden primäre und ergänzende sekundäre Indikatoren unterschieden. Um die Situation zwischen Ländern in ihrer zeitlichen Entwicklung einordnen zu können, werden die Indikatoren durch Kontextinformationen ergänzt. Die übergreifenden Indikatoren und jene für den Bereich sozialer Eingliederung im engeren Sinne, sind in der nachstehenden Übersicht aufgelistet.

Zum Schlüsselinstrument der europäischen Eingliederungsstrategie wurde im Rahmen des Lissabon-Prozesses die sogenannte offene Methode der Koordinierung (OMK). Ziel dieses Instruments ist es, durch politischen Erfahrungsaustausch, nationale Vorgehensweisen zu adaptieren: Die OMK zeichnet sich dadurch aus, dass an die Stelle zentralistischer Interventionen gemeinsame Zielsetzungen und nationale Umsetzungsstrategien treten. Statistische Indikatoren und Berichte, mit denen die Entwicklung der Mitgliedsstaaten beobachtet und kommentiert werden, spielen darin eine entscheidende Rolle. Empirische Befunde und Strategiepläne sollen die Grundlage dafür schaffen, die für ein Mitgliedsland geeigneten Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Übersicht za: Gemeinsame EU-Indikatoren im Bereich sozialer Eingliederung (Übersicht)

Bereich	Indikator	Definition
Haushaltseinkommen und Lebensstandard	At-risk-of-poverty rate* + Illustrative threshold value (Armutgefährdungsquote und -schwelle)	Anteil der Personen mit einem Haushaltseinkommen unter der Armutgefährdungsschwelle. Die Schwelle wird jährlich neu berechnet und entspricht 60% vom Medianäquivalenzeinkommen (Haushaltseinkommen dividiert durch die bedarfsgewichtete Haushaltsgröße nach EU-Skala, 1-,5-,3). Gliederungen: Alter, Geschlecht, Haushaltstyp, Haupttätigkeit, Beschäftigungsintensität im Haushalt und Rechtsverhältnis an der Wohnung.
	Persistent at-risk of poverty rate* (Dauerarmutgefährdungsquote)	Anteil der Personen mit einem Haushaltseinkommen unter der Armutgefährdungsschwelle im Berichtsjahr und mindestens zwei der drei vorangehenden Jahre. (noch nicht verfügbar)
	Relative median poverty risk gap* (Armutgefährdungslücke)	Differenz zwischen dem Medianeinkommen der armutsgefährdeten Personen und der Armutgefährdungsschwelle in Prozent des Schwellenwertes
	Dispersion around the at-risk-of-poverty threshold (Streuung um Schwelle)	Anteil der Personen mit einem Haushaltseinkommen unter einer Schwelle von 40%, 50% and 70% des Äquivalenzeinkommens.
	Child well-being*	in Vorbereitung
	Material deprivation*	Anteil der Personen mit 3 von 9 Benachteiligungen (unerwartete Ausgaben, Urlaub, Zahlungsrückstände, Ernährung, Heizen, Waschmaschine, Fernsehgerät, Telefon, PKW)
Wohnen	Housing*	Wohnkosten (über 40% des Einkommens) Überbelag (1 Zimmer pro Person bzw. Paar, 1 Zimmer für je 2 Kinder, nach Alter und Geschlecht differenziert)
Erwerbsleben	People in jobless households* (Pers. in Haushalten o. Beschäftigte)	Anteil der Personen, die in Haushalten leben, wo keine Person beschäftigt ist.
	Employment gap of immigrants* (Beschäftigungslücke der Zugewanderten)	Differenz der Beschäftigungsquoten von im Ausland geborenen Personen zu den im Inland geborenen Personen
	Long term unemployment rate* (Langzeitarbeitslosenquote)	Gesamtzahl der Langzeitarbeitslosen \geq 12 Monate nach ILO Definition) in Proportion zur gesamten aktiven Bevölkerung ab 15 Jahren.
Bildungschancen	Early school leavers * (Frühe SchulabgängerInnen)	Personen (18 - 24), die nicht in Ausbildung sind und höchstens Pflichtschulabschluss haben (ISCED 0-2).
	Persons with low educational attainment (Niedriger Bildungsstand)	Anteil der Erwachsenen (ab 25 Jahren) mit maximal Pflichtschulabschluss (ISCED 0-2).
	Low reading literacy performance of pupils (Leseschwäche)	Anteil der 15-jährigen SchülerInnen mit PISA-Lesekompetenzstufe 1 oder darunter.
Gesundheit	Self reported unmet need for medical care*/ Care utilisation (Medizinische Unterversorgung)	Unterversorgung bei Arztbesuchen aus finanziellen Gründen, wegen langer Wartezeiten oder weiter Anreise. Anzahl der Arztbesuche in 12 Monaten.

El: Eingliederungsindikatoren ÜI: Übergreifende Indikatoren SI: Strukturindikatoren. * Primärindikatoren.

Dieser Logik folgend ist das gemeinsame Monitoring auch durch nationale Indikatoren zur Eingliederung zu ergänzen. Auf diese Weise sollen spezifische nationale Problemlagen erkannt und politische Schwerpunkte formuliert und evaluiert werden. Statistik

Austria hat nun erstmals einen Katalog ebensolcher Tertiärindikatoren vorgelegt. Sie sollen als Leitlinien für eine Politik der sozialen Eingliederung in Österreich dienen. In Übersicht 2 findet sich eine Übersicht der im Bereich der sozialen Eingliederung bereits vorhandenen gemeinsamen Indikatoren der EU-Mitgliedsstaaten. Allgemeine Leitlinien für die Lissabon Strategie sind sogenannte Strukturindikatoren². Nachstehend werden spezielle³ Indikatoren für Eingliederung und übergreifende Indikatoren sowie relevante Strukturindikatoren aufgelistet. Indikatoren, die in mehreren Sets vorkommen, werden nur einmal aufgelistet.

Übersicht zb: Gemeinsame EU-Indikatoren – Übergreifende Indikatoren zur sozialen Eingliederung

Bereich	Indikator	Definition
Haushaltseinkommen und Lebensstandard	S80/S20 (Verteilungsquintil)	Anteil der 20% höchsten Äquivalenzeinkommen in Proportion zum Anteil der 20% geringsten Äquivalenzeinkommen.
	At-risk-of-poverty rate anchored at a fixed moment in time (2004) (Armutsgefährdung mit fixer Schwelle)	Anteil der Personen mit einem Haushaltseinkommen unter der inflationsbereinigten Armutsgefährdungsschwelle des ersten verfügbaren Einkommensreferenzjahres (2004).
	Median relative income of elderly people / Aggregate replacement ratio (Einkommenslücke der Älteren/ Einkommensersatzrate)	Medianeinkommen der Personen über 64 Jahren in Proportion zum Einkommen der 0-64-jährigen. Median der individuellen Pensionseinkommen der 65-74-jährigen in Proportion zum Median der individuellen Löhne der 50-59-jährigen ohne Berücksichtigung sonstiger Sozialleistungen
Erwerbsleben	Employment rate of older workers (Beschäftigungsquote der älteren ArbeitnehmerInnen)	Beschäftigte Personen bei den 55 - 59 und 60 – 64-jährigen in Proportion zur Gesamtbevölkerung in diesen Altersgruppen
	In-work poverty risk (Armutsgefährdete Erwerbstätige)	Personen die unselbständig oder selbständig beschäftigt und armutsgefährdet sind.
	Activity rate (Erwerbsquote)	Anteil der Beschäftigten und Arbeitslosen an der Gesamtbevölkerung der 15-64-jährigen.
	Regional disparities – coefficient of variation of employment rates (Variationskoeffizient der regionalen Arbeitslosenquoten)	Standardabweichung der regionalen Beschäftigungsquoten der 15-64-jährigen dividiert durch den gewichteten nationalen Durchschnitt (NUTS II = Bundesländer)
Gesundheit	Healthy life expectancy (Gesunde Lebenserwartung)	Anzahl der erwarteten Lebensjahre in guter Gesundheitsverfassung (ohne gesundheitliche Einschränkungen) für eine Person bei Geburt sowie im Alter von 45 bzw. 65 Jahren
	Projected total public social expenditures (Sozialausgaben)	Sozialausgaben (z.B. Pensionen, Gesundheit, Langzeitpflege, Bildung und Transferleistungen für Arbeitslose) in % des BIP, einschließlich Prognosen (2010-20-30-40-50).
	Total health expenditure per capita (Gesundheitsausgaben pro Kopf)	Gesamte Gesundheitsausgaben pro Kopf in Kaufkraftparitäten

2 Für eine Übersicht der Strukturindikatoren siehe: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/structural_indicators/introduction

3 Im Jahr 2006 wurden drei Koordinierungsverfahren zusammengefasst. Neben den speziellen Eingliederungsindikatoren gibt es auch Indikatorensets für Gesundheit und Langzeitpflege sowie Renten. Unterschieden werden jeweils Primär- und ergänzende Sekundärindikatoren. Weiters sind sogenannte Kontextindikatoren vorgesehen. Für die Definition und Rolle der Eingliederungsindikatoren im Koordinierungsverfahren siehe: http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/the_process_de.htm

2. SYMPTOME MANGELNDER SOZIALER EINGLIEDERUNG

2.1. Ein mehrdimensionaler Begriff von Armut

Soziale Eingliederung bezeichnet den Prozess, den Kreis der in Armut lebenden Menschen zu verkleinern und entsprechende Maßnahmen zu setzen. Während die meisten Menschen in Österreich ihre Lebensweise als unverzichtbare Selbstverständlichkeit ansehen, muss Armut als eine erzwungene Einschränkung dieser scheinbaren Selbstverständlichkeiten des Alltagslebens begriffen werden. In diesem Sinne geht von Armut eine „ausschließende“ Wirkung aus. Die von ihr betroffenen Menschen erweisen sich als unzureichend in das soziale Gefüge eingebunden.

Wie können Größe, Zusammensetzung und Veränderung des Kreises der in Armut lebenden Menschen erfasst werden? Die einschlägige Haushaltserhebung der Statistik Austria (unter dem technischen Titel „EU-SILC“) bietet im Wesentlichen drei Zugänge: Finanzielle Armutsgefährdung, Mindestlebensstandard und Mangel an Aktivierungsressourcen. Keiner der drei Ansätze kann die Vielschichtigkeit eines Lebens in Armut mit seinen Konsequenzen für das individuelle und gesellschaftliche Leben voll erfassen; jeder der drei Ansätze wirft aber ein erhellendes Licht auf Umfang und Zusammensetzung des Kreises der in Österreich in Armut lebenden oder von ihr gefährdeten Menschen (vgl. Till-Tentschert und Weiss 2008; Kernbeiß et al. 2008).

2.2. Finanzielle Armutsgefährdung

Die Armutsgefährdungsquote ist einer der wichtigsten Leitindikatoren für soziale Eingliederung. Sie wird allgemein als Mangel an Ressourcen definiert. Gemessen wird der Bevölkerungsanteil mit einem – im Vergleich zum mittleren Lebensstandard – geringen Haushaltseinkommen. Als Einkommen werden alle Nettobezüge und Transferleistungen aller Haushaltsmitglieder, die im Laufe eines Kalenderjahres bezogen wurden

berücksichtigt, abzüglich geleisteter Transferleistungen (z.B. Alimente) und Steuern. Die individuelle Armutslage von Personen bemisst sich daher an der Einkommenssituation des Haushaltes.

Für alle Personen (Frauen, Männer, Kinder), die zusammen in einer Wohnung bzw. einem Haus leben, wird derselbe Lebensstandard angenommen (Pool-Annahme⁴). Um den Lebensstandard von Haushalten mit unterschiedlicher Größe und Struktur annähernd vergleichbar zu machen, werden Einkommensbeträge durch sogenannte Äquivalenzskalen standardisiert. Jeder Haushalt benötigt je nach Größe und Zusammensetzung eine unterschiedliche Menge an Einkommen (Äquivalenzeinkommen bzw. standardisiertes Einkommen).⁵

Als armutsgefährdet gilt eine Person „wenn der Wert eines Ressourcenindikators unter oder auf der Armutsgrenze (G) liegt“ (Leu et al 1997, ebd.). Ein Problem des Ressourcenansatzes liegt Leu zufolge vor allem darin, dass eine genaue Definition der Armutsgrenze, die als Referenzgröße benötigt wird, nur durch Werturteile möglich ist (Leu 1999). Die Festlegung dieser Grenze schwankt zwischen 40 und 60% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens⁶.

Im Bereich der einkommensbasierten Daten, die auf Haushaltsebene erhoben werden, ergeben sich eine Vielzahl von Problemen:

- » Kann Haushaltseinkommen direkt gemessen werden?
- » Ist die Information, die wir über den Haushalt haben, korrekt?

4 Die Pool-Annahme ist immer wieder stark kritisiert worden, weil sie die effektive Verteilung der Einkommen innerhalb des Haushalts nicht berücksichtigt (etwa Atkinson 1989, Haddad und Kanbur 1990, Piachaud 1992)

5 Dabei kommt die sogenannte EU-Skala mit den Gewichten 1-0,5-0,3 zur Anwendung. Diese eher willkürliche Konvention der internationalen Berichterstattung stimmt für Österreich vergleichsweise gut mit den subjektiven Einkommensbedarfen in der Bevölkerung (vgl. Till & Till-Tentschert 2007)

6 Im Einkommens-/Konsumansatz bzw. im Ressourcenansatz spiegelt sich der in der theoretischen Debatte bedeutende Utilitarismus wider (Shaffer 2002); siehe zum Verhältnis von Ressourcen-Ansatz und Nutzentheorie auch Deaton (1980), Grootaert (1985); Ravallion (1994)

- » Spiegelt die Äquivalenzskala die tatsächlichen Kosten für jedes Haushaltsmitglied wider und kann ein gegebenes Einkommen immer in dieselbe Konsummenge transformiert werden?

Kosten variieren zwischen Individuen und Haushalten beträchtlich, ebenso wie die Fähigkeit mit einer gegebenen Geldsumme über die Runden zu kommen. Einkommen selbständiger Personen sind wesentlich schwieriger zu erfassen als die von Angestellten. Auch die Problematik der Verteilung zwischen Männern und Frauen, die gemeinsam in Haushalten leben, wird hier nicht berücksichtigt. Der Zugang zu nicht-monetären ökonomischen Ressourcen wird hier völlig ausgeblendet, ebenso wie Verdienste am Schwarzmarkt (vgl. Halleröd et al 2006, 332).

Nach der gemeinsamen EU-Definition wird die Armutsgefährdungsschwelle bei 60% des mittleren Lebensstandards in jedem Mitgliedsland festgemacht. In Österreich gilt 2008 ein Einpersonenhaushalt, der mit weniger als 951 Euro pro Monat auskommen muss, als armutsgefährdet. Für jede weitere erwachsene Person im Haushalt erhöht sich die Schwelle um 475 Euro, für jedes Kind um 285 Euro. Ein Lebensstandard (das sogenannte „standardisierte Haushaltseinkommen“) unter diesem Niveau ist meist unzureichend, um eine umfassende soziale Einbindung der im Haushalt lebenden Menschen zu garantieren. Die jährliche Berichterstattung zeigt, dass zwölf bis dreizehn von hundert Personen in Österreich finanziell gefährdet sind.

2.3. Deprivation und Mindestlebensstandard

Finanzielle Armutsgefährdung und damit verbundene Einkommensindikatoren werden Armutslagen nur bedingt gerecht. Einerseits stellt das laufende Einkommen oft nur einen Teil der verfügbaren finanziellen Mittel dar (Vermögensbestände werden nicht erfasst). Andererseits sind bestimmte Einkommen wie z.B. bei selbständiger Tätigkeit nur sehr schwer empirisch zu erfassen. Unterschiedliche Lebenshaltungskosten bleiben unberücksichtigt bzw. werden durch sogenannte Äquivalenzskalen eher willkürlich pauschal einbezogen. Die Einkommensverteilung im Vergleich von 27 EU-Ländern sagt wenig über die Zugänglichkeit zu nicht-monetären Leistungen, vor allem bei Gesundheit und Bildung aus. Es ist daher notwendig, direkte Information zur Lebensführung bzw. dem Lebensstandard einzubeziehen, anstatt nur indirekt die Verfügbarkeit von Einkommen zu berücksichtigen.

Aus diesen Gründen sollten die einkommensbasierten Maßzahlen der EU-Armutserichterstattung durch zusätzliche Indikatoren ergänzt und das Verständnis von Armut somit vertieft werden. Die alternative Sicht stützt sich auf materielle Deprivation, die als erzwungener Mangel einer Kombination von Merkmalen verstanden wird. Inkludiert sind in dieser Definition materielle Lebensbedingungen, wie Wohnbedingungen, der Besitz von langlebigen Gebrauchsgütern und die Fähigkeit, bestimmte Grundbedürfnisse befriedigen zu können. Die vorgeschlagenen Indizes sollen mehrdimensionale Aspekte der materiellen Lebensbedingungen abbilden.

Eine „deprivierte Lebensführung“ drückt sich in einem eingeschränkten Zugang zu einem gewissen Lebensstandard und damit verbundenen Gütern aus. Solche Armut bedeutet eine erzwungene Einschränkung gegenüber jener Lebensweise, die für die meisten Menschen einer Gesellschaft selbstverständlich ist.

Für den vorliegenden Bericht wurde in Zusammenarbeit von Statistik Austria und dem Institut für Soziologie der Universität Wien eine Studie durchgeführt (vgl. Till-Tentschert und Weiss 2008), die zum Ziel hatte, den gesellschaftlichen Konsens über die Definition spezifischer Armutslagen in Österreich auszuloten. Auf dieser Basis sollte ein Bild direkt beobachtbarer Armutslagen rekonstruiert werden. Die Auswahl von Merkmalen für finanzielle Deprivation folgte drei Kriterien:

- » Es wurden nur Merkmale verwendet, die auch regelmäßig in EU-SILC erhoben werden.
- » Diese Merkmale müssen von Armutsbetroffenen und der Mehrheitsbevölkerung überwiegend als absolut notwendig für den Mindestlebensstandard in Österreich bezeichnet werden.
- » Es werden nur Merkmale berücksichtigt, die explizit auf die Leistbarkeit abzielen. Beispielsweise geht es im Falle von Einschränkungen bei der Ernährung nicht um freiwilligen Verzicht, sondern darum, ob die finanziellen Mittel grundsätzlich ausreichen, um Grundbedürfnisse zu erfüllen.

Bei Interviews mit Fachleuten zeigte sich eine Tendenz, den Armutsbegriff in zwei Stufen zu unterteilen: Einerseits wurde häufig zwischen der Notwendigkeit, Grundbedürfnisse zu decken, gesprochen, wie „am Ende des Monats noch etwas zum Essen für die Kinder kaufen zu können“. Andererseits standen jene Lebensbedingungen im Fokus, die man für die Ermöglichung sozialer Teilhabe als notwendig erachtete. Selbst nach Befriedigung der Grundbedürfnisse kann daher von Armut gesprochen werden. Auf dieser zweiten Stufe hängt die Armutslage stärker von Wahrnehmung, aktuellen Bedürfnissen und dem sozialen Bezugsrahmen ab (relativ-subjektive Komponente).

Die „immaterielle“ Dimension ist in einer standardisierten Erhebung allerdings nur schwer operationalisierbar. Besonders die Wahrung der Würde der Betroffenen wurde von allen ExpertInnen aber als äußerst wichtig eingestuft⁷. In einer telefonischen Befragung⁸ gelang es jedoch, relativen Konsens hinsichtlich eines „Mindestlebensstandards“ herzustellen. Arm ist, wer erzwungenen Mangel oder erzwungene Exklusion erleidet und von der Gesellschaft ausgegrenzt wird, oder sich als ausgegrenzt wahrnimmt. Es wurde zwischen Mängeln wie „kein ausreichendes Einkommen zu haben, um sich am Ende des Monats noch Essen leisten zu können“ oder „den kaputten Kühlschrank zu ersetzen“, und von Mängeln, die durch die Gesellschaft initiiert sind, unterschieden. Einerseits wurden Merkmale eines Mindestlebensstandards in Österreich erfragt, andererseits sollten die Befragten angeben, welchen Lebensstandard sie sich selbst leisten könnten. Die Items wurden nach Lebensbereichen gruppiert und umfassten allgemeinen/grundlegenden Lebensstandard, Gesundheit, Wohnen, Freizeit und Bildung, Mobilität und Kinder.

Insgesamt wurde hier eine Auswahl von 7 relevanten Merkmalen getroffen. Eine deprivierte Lebensführung wurde durch das Auftreten von mindestens 2 dieser Merkmale identifiziert. Für die Berichterstattung steht nun erstmals eine weitgehend konsensuell abgeleitete, trennscharfe Definition der finanziellen Möglichkeiten zur Verfügung. Demnach sollten sich in Österreich alle Menschen leisten können:

- » Regelmäßige Zahlungen (insb. Miete und Betriebskosten) rechtzeitig zu begleichen
- » Bei Bedarf neue Kleidung zu kaufen
- » Jeden 2. Tag Fleisch, Fisch, Geflügel oder vergleichbare vegetarische Speisen zu essen

7 Die Befunde untermauern die in der Literatur häufig anzutreffende Unterscheidung zwischen Existenznot und Sozialnot (Krämer 1997) oder primärer, sekundärer und tertiärer Armut (z.B. Stromberger 1977):

8 Befragt wurden im Zeitraum von Dezember 2007 bis Jänner 2008 500 Personen.

- » Die Wohnung angemessen warm zu halten
- » Unerwartete Ausgaben (z.B. für Reparaturen) zu finanzieren
- » Freunde oder Verwandte regelmäßig zum Essen einzuladen
- » Notwendige Arzt- und Zahnarztbesuche.

Diese Auswahl ist nicht umfassend und endgültig, sie verdeutlicht vielmehr einen spezifischen Aspekt deprivierter Lebensführung aus heutiger Sicht. Zukünftige Konsumstandards oder soziale Entwicklungen können die notwendigen Elemente des Mindestlebensstandards freilich verändern. Ebenso kann mit verbesserter Datenlage und Grundlagenforschung künftig ein adäquateres Bild deprivierter Lebensverhältnisse gezeichnet werden.

2.4. Aktivierungsressourcen

Der dritte Zugang zur Armut setzt bei der Frage an: Verfügt der Haushalt über jene Ressourcen, die im Regelfall notwendig sind, um sich aus einem Leben in Armut aus eigener Kraft zu befreien? Zu diesen Aktivierungsressourcen zählen insbesondere Bildung, Gesundheit und der Zugang zu einer Erwerbstätigkeit. Eine Armutslage kann ohne diese Ressourcen nur schwer überwunden werden. Das System der Transferzahlungen (und der Besteuerung) wird dann zu einer Armutsfalle, wenn die Möglichkeiten fehlen, sich aus eigener Kraft finanziell besser zu stellen.

Rund ein Fünftel der Jugendlichen unterschreitet im Lesen, Schreiben und Rechnen ein akzeptables Mindestniveau und liefert somit einen triftigen Grund, gezielt Maßnahmen zu setzen. Die Investition in Bildung ist daher wesentlicher Bestandteil einer Aktivierungspolitik. Armutsgefährdung trifft besonders häufig und hart jene, deren Bildungslaufbahn mit Erfüllung der Schulpflicht endet. Werden keine weiterführenden Bildungsabschlüsse erzielt, ist dies häufig das direkte Ticket in finanzielle Engpässe und deprivierte Lebenslagen.

Im Fall von Krankheit und Behinderung liegt offenbar ein Mangel an Ressourcen vor, der im Hinblick auf Armut zu sozialpolitischem Handeln herausfordert. Dieser Ressourcenmangel mag zwar mit der „Lebensführung in Armut“ oder mit finanzieller Armut zusammenhängen, kann aber nicht primär über finanzielle Transfers ausgeglichen werden. Noch deutlicher wird dies bei chronischen Krankheiten oder dauerhaften Behinderungen. In diesen Fällen ist es aus sozialpolitischer Sicht vor allem notwendig, den Mangel der Ressource „Gesundheit“ durch stärkere Aktivierung in anderen Bereichen zu kompensieren.

Schließlich fehlt es jenen an zentralen Ressourcen, die nicht in der Lage sind, aktiv am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Diese Personen haben erhebliche Schwierigkeiten, eine finanzielle Armutsgefährdung aus eigener Anstrengung zu überwinden. Eine aktivierungsorientierte Sozialpolitik hat in diesem Bereich daher die Aufgabe, Barrieren abzubauen und Frauen und Männer im erwerbsfähigen Alter bei der Ausschöpfung ihres vorhandenen Potenzials zu unterstützen.

Die Teilnahme am Arbeitsmarktgeschehen geht über den Aspekt der finanziellen Absicherung eines Haushalts hinaus. Im günstigsten Fall regt die Arbeitswelt auch zur Aktivierung in Hinblick auf den Wissenserwerb an. Gegebenenfalls steht damit auch die Sicherung des Gesundheitszustandes in Zusammenhang, wie umgekehrt Wissenserwerb und Gesundheit notwendige Voraussetzungen einer längerfristigen Beschäftigungsfähigkeit darstellen.

Aktivierung ist somit der Schlüssel, um aus dem Teufelskreis niedriger Einkommen und deprivierter Lebensführung auszubrechen. Der Bildungsgrad, die Erwerbsbeteiligung oder der Gesundheitszustand können den Unterschied ausmachen, ob auf vorübergehende Phasen der Armutsgefährdung deutlich bessere Lebensabschnitte zu erwarten sind, oder eine Armutslage dauerhaft besteht. Neben dem akuten Mangel an Einkommen ist das Potenzial für eine zukünftige Situationsverbesserung entscheidend. Jüngere, gesunde,

erwerbstätige Menschen oder Studierende haben in der Regel bessere Chancen, als etwa erwerbsunfähige Personen. Die Art und der Grad an notwendiger Intervention gestalten sich je nach vorhandenen „Aktivierungsressourcen“ unterschiedlich.

3. NATIONALE INDIKATOREN FÜR ÖSTERREICH

3.1. Grundlagen der Indikatorenentwicklung

WAS IST EIN INDIKATOR?

Indikatoren dienen primär zur Beobachtung sozialer Veränderungen über die Zeit oder der Unterschiede zwischen bestimmten Gruppen. Neben Bestandsgrößen sollen daher insbesondere dynamische Entwicklungen abgebildet werden (stocks und flows). Sie verweisen auf Veränderungen und Unterschiede und ermöglichen somit Aussagen darüber, wie häufig ein Phänomen auftritt. Die vollständige und exakte Messung eines Phänomens ist dadurch in der Regel aber noch nicht gewährleistet. (vgl. Palmer & Rahman, 2002)

Als (Output-)Indikator wird eine statistische Kennzahl verstanden, die einen bestimmten Themenbereich nach konsensueller Auffassung zutreffend beschreibt. Relative Merkmalshäufigkeiten von Individuen oder in einer Gruppe von Individuen im Verhältnis zu einer geeigneten Referenzgruppe liefern den Ausgangspunkt für einen einfachen Indikator.

Man unterscheidet allgemeine Indikatoren von speziellen Indikatoren für bestimmte Zielgruppen (z.B. die Erwerbsbevölkerung), wobei auch jene Gruppen anzuführen sind, die aufgrund der Datenlage nicht ausreichend beschrieben werden können (z.B. Asylwerbende). Tiefengliederungen wie z.B. Alter, Geschlecht oder Haushaltszusammensetzung machen spezifische Differenzierungen sichtbar. Diese zusätzlichen Informationen sind selbst aber keine Outputindikatoren, lassen sich aber als Kontextindikatoren interpretieren.

In der Formulierung sozialpolitischer Ziele erweisen sich Indikatoren als wesentlich. Während jedes sozialpolitische Vorhaben daher einen Indikator benötigt, um Fortschritte oder Rückschritte in der Zielerreichung zu eruieren, kann ein Indikator freilich auch ohne Ziel verwendet werden. Im Vergleich zu politischen Zielen sind Indikatoren weniger verbindlich und orientieren sich an relevanten Problembereichen. Ziele sind veränderbar, Indikatoren sollten theoretisch einigermaßen unveränderlich bleiben und zumindest für den Zeitraum des zukünftigen Strategieplans (2008-2011) Gültigkeit besitzen.

WELCHE ÄNDERUNGEN UND UNTERSCHIEDE WERDEN GEMESSEN?

In erster Linie werden jene Prozesse beobachtet, die soziale Risikolagen und Armut erzeugen, und somit zum Gegenstand intervenierender und präventiver Maßnahmen werden. Die Messung von Ausgrenzungen bezieht sich dabei meist auf Einschränkungen des materiellen Lebensstandards, wie in Kapitel 3 bereits erörtert.

Indikatoren, die Armut abbilden möchten, sollen auf das gehäufte Auftreten der Merkmale für eine Armutslage bei bestimmten Personen oder Gruppe hinweisen. Die konkreten Merkmale erweisen sich aber als variabel und können daher nicht endgültig festgelegt werden.

Ziel ist die empirische Beobachtung von Veränderungen und Unterschieden bei Lebensbedingungen, die in einem engen Zusammenhang mit den sozialen Unterstützungsnormen in Österreich stehen und nicht bereits durch die gemeinsamen EU-Indikatoren erfasst werden. In einer weiteren Einschränkung werden hauptsächlich Unterstützungsnormen berücksichtigt, die für das Kapitel Eingliederung im nationalen Strategiebericht relevant sind. Strategien zu den Bereichen Pensionen und Gesundheit und Langzeitpflege werden hier ausgeklammert.

WIE KANN EINE SYSTEMATISCHE AUSWAHL VON INDIKATOREN ERFOLGEN?

Zunächst sind jene Bereiche zu benennen, in denen sich solche Normen vorrangig zeigen. Dann sind konsensfähige Kriterien für die Schwerpunktsetzung festzulegen.

Anregungen für die zukünftige Weiterentwicklung des Indikatorensystems konnten durch ein exploratives Verfahren gewonnen werden. Der bloßen Reproduktion konventioneller Sichtweisen wurde somit vorgebeugt. Nicht alle relevanten Problembereiche können freilich durch vorhandene Daten adäquat abgebildet werden. Das explorative Verfahren kam daher insbesondere zum Einsatz, um die Bedeutung eines materiellen Mindestlebensstandards für die soziale Eingliederung, konkrete Merkmale der Deprivation zu ermitteln (vgl. Schneidewind 1985) und relevante Problembereiche zu dokumentieren, wie in Kapitel 2 ausführlich dargelegt.

Eine schrittweise Reduktion der Indikatoren erfolgte anhand von vorab festgelegten Kriterien. Die vorgeschlagenen Indikatoren wurden Themenbereichen zugeordnet und mittels Auswahlkriterien begründete Entscheidungen zwischen Alternativen getroffen. Für jeden Bereich wurden maximal 6-7 Teilbereiche (bzw. Indikatoren) ausgewählt.

Maßgeblich für diese Entscheidung war die Bewertung durch gesellschaftliche Normen. In einer quantitativen Telefonbefragung wurde die Notwendigkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe der einzelnen Indikatoren erfragt. Diese Bewertung wurde durch die Experten und Expertinnen in der Gruppendiskussion und im Beirat ergänzt. Ziel war es, einen möglichst breiten Konsens zu erreichen, um Beliebigkeit auszuschließen und Legitimation zu gewinnen.

IN WELCHEN BEREICHEN SIND UNTERSTÜTZUNGSNORMEN VORRANGIG?

Der internationale Diskurs zur sozialen Eingliederung wird maßgeblich von europäischen Institutionen geprägt. Die Gründung dieser Institutionen zur nachhaltigen Friedenssicherung in Europa diente ursprünglich der Schaffung eines leistungs- und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraumes. Daraus ergibt sich eine Dominanz von Unterstützungsnormen, die auf eine Steigerung der produktiven Teilhabe abzielen. Diese Unterstützungsnormen gehen über die reine Reproduktion von Arbeitskraft hinaus (Sozialhilfe dient beispielsweise der Sicherung des Lebensunterhalts). Ziel solcher Normen ist die Sicherung des materiellen Lebensstandards (Konsummöglichkeiten) und Wohnens.

Neben der Förderung zur Aktivierung und der Vermeidung deprivierter Lebensführung können auch partizipative Unterstützungsnormen gelten, die auf kulturelle, soziale und politische Teilhabe ausgerichtet sind. Historisch wäre z.B. das allgemeine Wahlrecht eine solche Errungenschaft. Aufgrund der Vielfalt an Lebensstilen kann es jedoch problematisch sein, Mindeststandards in kulturellen und sozialen Aspekten verbindlich zu formulieren, nicht zuletzt weil diese teilweise unter deprivierte Lebensführung oder Aktivierungsressourcen subsumiert werden können.

Es herrscht ein enger Zusammenhang zwischen Aktivierung und deprivierter Lebensführung einerseits und partizipativer Teilhabe andererseits. Daher wurde den erstgenannten Bereichen, d.h. Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Lebensstandard und Wohnen vorläufig Priorität für die Entwicklung von quantifizierbaren Indikatoren in Österreich eingeräumt.

WELCHE ZIELGRUPPEN SIND FÜR UNTERSTÜTZUNGSNORMEN MASSGEBLICH?

Auf die Orientierung an expliziten Zielgruppen wurde verzichtet. Stattdessen wurden Kontexte durch Untergliederung nach Alter, Geschlecht und Haushaltszusammensetzung beschrieben. Besonders beachtenswert schienen außerdem spezifische Marktrisiken von Alleinerziehenden, Familien mit 3 oder mehr Kindern, Menschen mit Behinderung, ausbildungsfernen Personen und Personen mit Migrationshintergrund, armutsgefährdeten und deprivierten Personen und Personen in prekären Wohlstandslagen (60-70% des Medianeinkommens).

AUSWAHLKRITERIEN FÜR INDIKATOREN

Für die Indikatorenzusammenstellung sind folgende Fragen entscheidend (Atkinson et al. 2001):⁹

- » Sind die Dimensionen ausgewogen dargestellt?
- » Sind die Indikatoren konsistent bzw. werden etwa gleichwertige Bereiche abgedeckt?
- » Sind die Indikatoren transparent und allgemein zugänglich?

Für die Bewertung einzelner Indikatoren sollten außerdem zumindest folgende Voraussetzungen geprüft werden:

- » Bestehen ein klarer Problembezug und eine allgemein akzeptierte normative Interpretation?
- » Ist der Indikator robust und statistisch abgesichert?
- » Ist der Indikator für politische Maßnahmen sensitiv (aber nicht manipulierbar)?

⁹ Im Zuge der Neuformulierung gemeinsamer EU-Indikatoren im Jahr 2006 wurden diese Kriterien geringfügig adaptiert, um den Bezug zu den gemeinsamen EU-Zielsetzungen zu verstärken. In der von Atkinson et al. ursprünglich vorgelegten Fassung wurde gefordert, dass die Messung keine zusätzliche Belastungen für Verwaltung, Firmen oder Bürger bringen sollte. Dieser Punkt wurde später so zusammengefasst, dass Indikatoren auf bereits vorhandenen Datenquellen beruhen sollten.

- » Sind Daten vorhanden, Ergebnisse zeitnah verfügbar und gibt es Aktualisierungen?

Neben diesen allgemeinen Prinzipien lassen sich Kriterien für Indikatoren zum Monitoring von Armut und Ausgrenzung weiter präzisieren (vgl. Palmer, & Rahman 2002):

- » Es soll ein nachweislicher oder plausibler Zusammenhang zur Verfügbarkeit von Ressourcen und eingeschränkten Wahlentscheidungen bestehen. Beispielsweise ist der Gesundheitszustand für sich genommen ein eher schwacher Indikator, da er von der Ressourcenlage unabhängig sein kann (z.B. Alter, genetische Disposition) oder eng mit bewussten Lebensstilentscheidungen verknüpft ist (z.B. Alkoholkonsum).
- » Ein guter Indikator ist für sich genommen bedeutsam und weist zugleich auf weitere Problembereiche hin. Beispielsweise deutet Arbeitslosigkeit sowohl auf unmittelbare, als auch auf mittelbare Problemlagen hin.
- » Indikatoren sind nur dann sinnvoll für die Beobachtung, wenn sie regelmäßig messbar sind. Hierfür sind eine präzise Definition und zuverlässige Datenquellen erforderlich. Die Wiederholbarkeit von Messungen muss auf vergleichbarer Basis gewährleistet sein. Um den Zusammenhang mit Ressourcen nachzuweisen, sind Daten zu bevorzugen, die eine Gliederung des Indikators in Ressourcenpositionen zulassen.
- » Indikatoren sollen so verständlich sein, dass Fehlinterpretationen möglichst ausgeschlossen werden können. Sie sollten außerdem nicht durch sich wechselhafte administrative Regeln änderbar sein (vgl. Palmer & Rahman, 2002). Beispielsweise wäre die Zahl der Sozialhilfebeziehenden direkt von den Anspruchsvoraussetzungen abhängig und nicht allein von gegebenen Bedarfslagen.

Darüber hinaus ist für ein Indikatorensystem in Österreich besonders zu betonen, dass

- » gemeinsame EU-Indikatoren in wesentlicher Hinsicht ergänzt und die spezifischen nationalen Strategien berücksichtigt werden sollen

- » Indikatoren von der Bevölkerung und von ExpertInnen als relevant wahrgenommen werden sollen;
- » der Zusammenhang mit Lebenszufriedenheit nachweisbar oder plausibel sein soll.

Die begrifflichen Festlegungen und Strategien der Indikatorenentwicklung wurden in Form eines umfassenden Indikatorenkataloges empirisch umgesetzt. Der Katalog wurde in Abstimmung mit dem Projektbeirat und gemeinsam mit Fachleuten entwickelt.

Ergebnis der sozialen Eingliederung ist die Sicherung gegen Armut. Umgekehrt weist das Ausmaß von Armut auf mangelhafte Eingliederung hin. Armut ist jedoch nicht endgültig, sondern ausschließlich in Bezug auf soziale Unterstützungsnormen zu definieren. Wie bereits erörtert, sind „Normen für deprivierte Lebensführung“ einerseits und „Ressourcen der Aktivierung“ andererseits zu unterscheiden.

Auf Basis ausgewählter Eingliederungsmerkmale kann geprüft werden, welche Datenquellen in Frage kommen. Viele relevante Merkmale werden durch EU-SILC erfasst. Zur Ermittlung möglichst robuster Ergebnisse ist es aber sinnvoll, auch weitere Datenquellen zu prüfen bzw. für die Berechnung einzelner Indikatoren heranzuziehen. Zur Verbesserung der zukünftigen Datenlage sollten auch potentiell relevante Indikatoren unabhängig von der heutigen Datenverfügbarkeit diskutiert werden. Die geprüften Datenquellen entsprechen insgesamt den strengen Qualitätsstandards der amtlichen Statistik und liefern daher auch insgesamt sehr robuste Ergebnisse. Dennoch ist aufgrund von Stichproben- und Messfehlern meist mit gewissen Schwankungsbreiten zu rechnen. Diese sind in Qualitätsberichten zu den jeweiligen Erhebungen auch ausführlich diskutiert.¹⁰ Im Folgenden sollen nun die erarbeiteten Indikatoren vorgestellt werden.

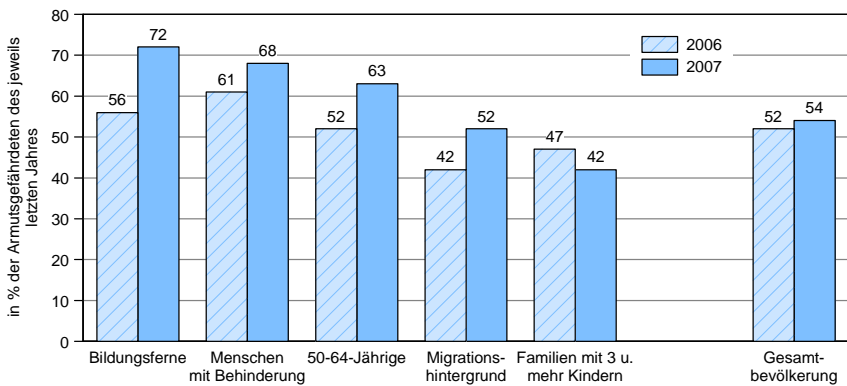
¹⁰ Laufend aktualisierte Qualitätsberichte sind abrufbar unter: http://www.statistik.at/web_de/dokumentationen/index.html

3.2. Darstellung der ausgewählten Indikatoren

INDIKATOR L1: DAUERARMUTSGEFÄHRDUNGSANTEIL (2-JAHRE)

Definition: Anteil der Personen an den Armutsgefährdeten des aktuellen Jahres, deren Haushaltseinkommen bereits im Vorjahr unter der Armutsgefährdungsschwelle lag. Die Schwelle wird für jedes Jahr neu berechnet und entspricht 60% des standardisierten (äquivalisierten) Medianeinkommens (siehe Indikator L3).

Grafik 2: Dauergefährdungsanteil für ausgewählte Bevölkerungsgruppen



Trend: Von den insgesamt 989.000 armutsgefährdeten Menschen (SILC 2007) waren 535.000 (54%) bereits im Vorjahr gefährdet. Der Anteil der dauerhaft gefährdeten Personen ist damit geringfügig höher als im Jahr 2006. Ein deutlicher Anstieg des Dauergefährdungsanteils ist bei bildungsfernen Personen und in der Altersgruppe der 50- bis 64jährigen sowie bei Menschen mit Behinderung festzustellen. Menschen mit Migrationshintergrund sowie kinderreiche Haushalte sind zwar besonders stark von Armutsgefährdung betroffen, der Dauergefährdungsanteil liegt hier aber deutlich

unter dem Durchschnitt. Der Anteil der Dauerarmutsgefährdeten mit drei oder mehr Kindern ist etwas zurückgegangen.

Anmerkungen: Dieser Indikator ergänzt den Leitindikator Armutsgefährdung sowie den längerfristig ausgerichteten EU-Indikator zur dauerhaften Armutsgefährdung in drei aus vier Jahren. Die nationale Definition ist besser zur Beobachtung kurzfristiger Veränderungen geeignet und aufgrund einer größeren Stichprobenbasis mit einer geringeren Schwankungsbreite behaftet als der EU-Indikator. Als Komplementärmasse zur Dauergefährdung (2- Jahre) wird der Anteil der Neugefährdung verstanden. Eine alternative Bezeichnung als Neugefährdungsanteil ist daher möglich, um den nationalen Indikator vom EU-Indikator Dauerarmutsgefährdung abzugrenzen.

Übersicht 3: Dauerarmutsgefährdungsanteil (in % der Armutsgefährdeten)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Altersgruppe				
				bis 19 J.	20-29 J.	30-49 J.	50-64 J.	65+ J.
Gesamtbevölkerung	54	52	55	40	52	49	63	71
Bildungsferne	72	67	74	-	-	(60)	(74)	77
Migrationshintergrund	52	55	49	(42)	-	(51)	-	-
Menschen mit Behinderung	68	(62)	71	-	-	-	(75)	(63)
Ein-Eltern-Haushalte	44	(46)	43	42	-	(52)	-	-
Familien mit								
drei u. mehr Kindern	42	(43)	(41)	(43)	-	(45)	-	-
Kindern unter 4 Jahren	37	(38)	(35)	(35)	-	(40)	-	-
Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	40	42	38	40	-	41	-	-
finanziell depriviert	60	61	59	(43)	-	(52)	(76)	79

Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2007.

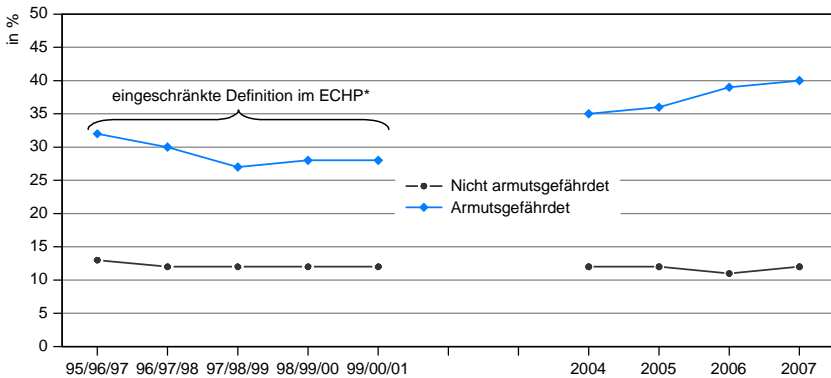
Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

INDIKATOR L2: DEPRIVATIONSQUOTE

Definition: Anteil der Personen, die sich zumindest zwei von folgenden sieben Dingen nicht leisten können:

- » bei Bedarf neue Kleidung zu kaufen
- » die Wohnung angemessen warm zu halten
- » Miete, Strom rechtzeitig zu zahlen
- » alle 2 Tage Huhn, Fisch, Fleisch zu essen
- » unerwartete Ausgaben von 800 Euro zu bezahlen
- » einmal im Monat Freunde oder Verwandte zum Essen einzuladen
- » notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche für alle Haushaltsmitglieder

Grafik 3: Deprivationsquote, Trend 1995-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.

* Beim Europäischen Haushaltspanel wurden unerwartete Ausgaben und Arztbesuche nicht erhoben: Die Deprivationsquote bezieht sich auf eine eingeschränkte Definition.

Trend: 2007 waren insgesamt 15% der Gesamtbevölkerung von finanzieller Deprivation betroffen. Im beobachteten Zeitraum blieb die Deprivationsquote für nicht armutsgefährdete Personen relativ konstant (2007: 12%). Für armutsgefährdete Personen stieg die Deprivationsquote hingegen von 35% im Jahr 2004 auf 40% im Jahr 2007.

Anmerkungen: Finanzielle Deprivation beruht auf der Einschätzung der Befragten über die insgesamt verfügbaren Ressourcen. Neben dem laufenden Einkommen können daher auch familiäre Unterstützung, öffentliche Dienstleistungen und verringerte Lebenskosten bei Wohnungseigentum, aber auch besondere Belastungen (z.B. Überschuldung, gesundheitliche Probleme, Sucht etc.) in die Bewertung einfließen. Im Gegensatz zum Einkommen werden so auch die wahrgenommenen Lebenskosten bzw. Preissteigerungen, von denen Personen mit geringem Einkommen überdurchschnittlich betroffen sind, berücksichtigt.

Übersicht 4: Finanzielle Deprivation (in % der Bevölkerung)

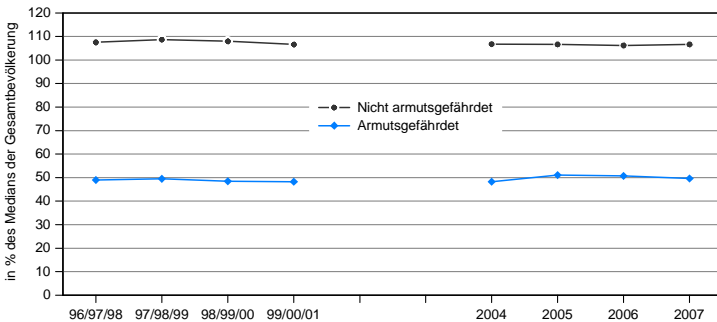
	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder und Jugendliche (bis 19 J.)	Junge Erwachsene (20-29 J.)	30-49 Jährige	50-64 Jährige	Pensionsalter (65+)
Gesamtbevölkerung	15	14	16	16	17	14	13	16
Bildungsferne	27	30	25	(32)	41	28	24	24
Migrationshintergrund	30	29	31	33	31	26	35	-
Menschen mit Behinderung	31	29	33	-	-	42	32	27
Ein-Eltern-Haushalte	32	30	32	33	(29)	31	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	15	15	16	15	(23)	13	-	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	17	15	18	18	21	13	-	-
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	16	15	17	17	21	15	(15)	-
Nicht-Armutsgefährdete	12	11	12	13	13	11	9	12
Armutsgefährdete	40	40	41	37	44	40	46	38
prekärer Wohlstand (60-70% Median)	24	23	25	20	(33)	22	(26)	29

Q: STATISTIK AUSTRIA EU SILC 2007. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen. Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

INDIKATOR L3: STANDARDISIERTES MEDIANEINKOMMEN

Definition: Veränderungsrate des Medianwerts des äquivalisierten Haushaltseinkommens einer Bevölkerungsgruppe in Prozent vom Medianeinkommen der Gesamtbevölkerung sowie als Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr. Zur Berechnung des äquivalisierten Haushaltseinkommens (bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen) werden die Nettobeträge der Einkommen aller Personen im Haushalt über das ganze Jahr summiert und durch die Summe der Äquivalenzgewichte im Haushalt dividiert. Jede erwachsene Person wird nach der EU-Skala mit dem Wert 0,5 und Kinder unter 14 Jahren mit 0,3 gewichtet, zusätzlich wird ein Wert von 0,5 für den Grundbedarf jedes Haushalts hinzugezählt. Berücksichtigt werden alle Nettoeinkünfte in einem Jahr, d.h. Erwerbseinkommen, Kapitaleinkommen, öffentliche oder private Transferleistungen. Im Unterschied zur bisherigen, europaweit einheitlichen EU-SILC Berichterstattung werden private Pensionen als Einkommen berücksichtigt, wodurch sich geringfügige Abweichungen ergeben. Der Median wird aus der Verteilung von Personen in Haushalten berechnet: Eine Hälfte der Bevölkerung bzw. der jeweiligen Bevölkerungsgruppe hat ein Einkommen unter dem Medianwert, die andere Hälfte über dem Medianwert.

Grafik 4: Standardisiertes Medianeinkommen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, Trend 1996-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2003 – 2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Trend: Im Jahr 2007 lag die Veränderungsrate bei etwa 2%. Im Jahr 2004 und 2005 lag die Steigerungsrate deutlich über der 2-Prozentmarke, wobei dies auch auf eine Verbesserung der Einkommenserfassung zurückzuführen ist. Das Medianeinkommen nicht armutsgefährdeter Personen liegt in den letzten Jahren relativ konstant bei 106% bis 107% des Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung und ist damit mehr als doppelt so hoch wie das Medianeinkommen armutsgefährdeter Personen. Armutsgefährdete Personen konnten ihre relative Lebensstandardposition allerdings im beobachteten Zeitraum von 48% auf 51% des Medianlebensstandards leicht verbessern.

Anmerkungen: Der Median des standardisierten Haushaltseinkommens spiegelt den mittleren Lebensstandard. Er dient als Richtwert für die Bemessung der Armutsgefährdungsschwelle (60% des Medians). Eine differenzierte Betrachtung des Indikators nach Bevölkerungsgruppen gibt ein Bild der sozial unterschiedlichen Einkommenschancen. Im Zeitverlauf lässt sich beurteilen, wie stark sich das mittlere Einkommen für verschiedene Bevölkerungsgruppen verändert und inwieweit sich die Tendenzen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterscheiden.

Übersicht 5: Medianeinkommen (in % vom Median der Bevölkerung)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder und Jugendliche (< 19 Jahre)	Junge Erwachsene (20-29 J.)	30-49 Jährige	50-64 Jährige	Pensionsalter (65+)
Gesamtbevölkerung	100	102	98	91	104	105	110	94
Bildungsferne	83	84	82	88	80	85	86	80
Migrationshintergrund	77	77	75	71	81	80	80	77
Menschen mit Behinderung	89	92	86	-	(92)	89	91	88
Ein-Eltern-Haushalte	75	76	74	71	76	78	(101)	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	81	81	81	81	81	82	85	(92)
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	86	87	86	84	84	91	104	(91)
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	94	96	93	91	96	97	107	95
Nicht-Armutsgefährdete	107	108	105	96	110	110	117	102
Armutsgefährdete	50	49	50	49	43	48	50	53
prekärer Wohlstand (60-70% Median)	65	65	65	65	66	65	66	65
Teilhabemangel	85	85	85	83	88	88	85	78
manifeste Armut	49	48	50	48	38	48	48	53

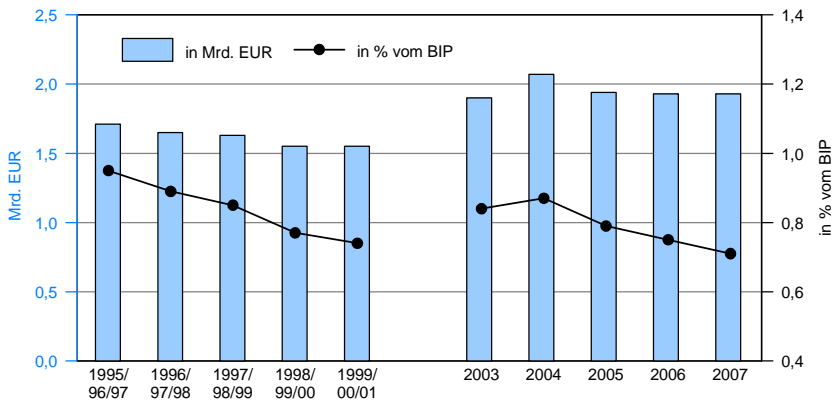
Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2007

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen. Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

INDIKATOR L4: EINKOMMENS LÜCKE

Definition: Die Einkommenslücke entspricht dem zusätzlichen Einkommen, das in einem Haushalt notwendig wäre, um ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu erzielen. Die Einkommenslücken aller Haushalte werden für diesen Indikator summiert und als Anteil am BIP ausgewiesen.

Grafik 5: Einkommenslücke, Trend 1995-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2003-2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Trend: Die Einkommenslücke lag im Zeitraum in den Jahren 1995 bis 2001 zwischen 1,5 und 1,7 Mrd. Euro. In dem von EU-SILC abgedeckten Berichtszeitraum lag dieser Betrag meist knapp unter 2 Mrd. Euro. Die Armutsgefährdungslücke in % des BIP sank dabei von über 0,9% des BIP auf zuletzt 0,7% des BIP.

Anmerkungen: Der Indikator ergänzt den EU-Indikator zur Einkommenslücke, der die Einkommenssituation benachteiligter Bevölkerungsgruppen beschreibt. Er veranschaulicht den Umverteilungsbedarf im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung anhand

einer einfachen Kennzahl. Zugrunde liegt allerdings ein hypothetisches Szenario, bei dem Transferleistungen nur Personen unter der Gefährdungsschwelle zukommen und Personen ihr Verhalten dadurch nicht verändern.

Übersicht 6: Einkommenslücke

	in Mrd. EUR	in % vom BiP
1995/96/97	1,71	0,95
1996/97/98	1,65	0,89
1997/98/99	1,63	0,85
1998/99/00	1,55	0,77
1999/00/01	1,55	0,74
2003	1,90	0,84
2004	2,07	0,87
2005	1,94	0,79
2006	1,93	0,75
2007	1,93	0,71

Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2003-2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.

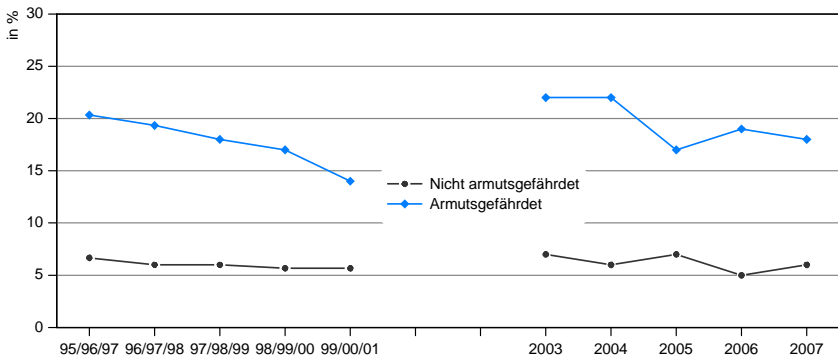
Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

3.3. Nationale Indikatoren zur Wohnraumversorgung in Österreich

INDIKATOR W1: ÜBERBELAG IN MEHRPERSONENHAUSHALTEN

Definition: Anteil der Personen in überbelegten Wohnungen. Einpersonenhaushalte werden nicht berücksichtigt. Als überbelegt gelten Wohnungen mit weniger als 2 Räumen für 2 Personen; weniger als 3 Räumen für 3 oder 4 Personen; weniger als 4 Räumen für 5 oder 6 Personen; weniger als 5 Räumen für 7 oder 8 Personen; weniger als 6 Räumen für mehr als 8 Personen. Wenn die Wohnfläche weniger als 16m² beträgt oder pro Wohnraum durchschnittlich weniger als 8 m² zur Verfügung stehen, wird in jedem Fall Überbelag angenommen. Küchen werden nicht als Wohnräume gezählt.

Grafik 6: Überbelag in Mehrpersonenhaushalten, Trend 2003-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2003 – 2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.
 Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Trend: Insgesamt lebten laut EU-SILC 2007 9% der Personen in Mehrpersonenhaushalten in einer überbelegten Wohnung. Das sind rund 606.000 Personen. Die Überbelagsquote lag bei Armutsgefährdeten bei 18%, bei nicht armutsgefährdeten Personen bei 6%. Die Überbelagsquote ist leicht rückläufig.

Anmerkungen: Auf Basis des Mikrozensus berechnete Überbelagsquoten sind niedriger, weil dort Küchen ab einer Mindestgröße von 4m² immer als Wohnraum gezählt werden.

Übersicht 7: Überbelag (in % der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder und Jugendliche (bis 19 J.)	Junge Erwachsene (20-29 J.)	30-49-Jährige	50-64-Jährige	Pensions- alter (65+)
Gesamtbevölkerung	9	9	8	13	11	9	5	(3)
Bildungsferne	15	20	12	-	37	20	11	(5)
Migrationshintergrund	39	41	36	44	44	36	(25)	-
Menschen mit Behinderung	7	(7)	(7)	-	-	(12)	-	-
Ein-Eltern-Haushalte	8	-	(7)	(9)	-	-	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	23	25	21	23	(30)	22	-	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	15	16	14	15	23	13	-	-
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	11	11	11	12	(14)	10	(10)	-
Nicht-Armutgefährdete	6	7	6	9	8	6	4	(3)
Armutgefährdete	27	29	26	33	(35)	30	(15)	-
prekärer Wohlstand (60-70% Median)	18	19	18	24	(29)	19	-	-
Teilhabemangel	10	11	10	14	(11)	(10)	-	-
manifeste Armut	37	40	35	45	(45)	(40)	-	-

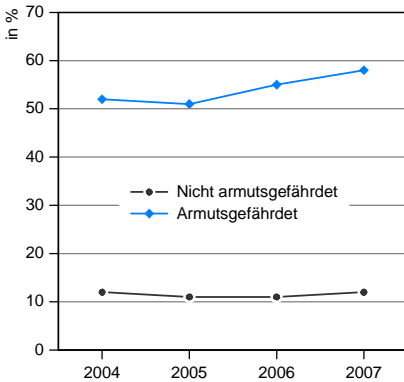
Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2007

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen. Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

INDIKATOR W2: UNZUMUTBARER WOHNUNGS-AUFWAND

Definition: Anteil von Personen, deren Wohnungsaufwand mehr als 25% des verfügbaren Haushaltseinkommens pro Jahr beträgt. Wohn- oder Mietbeihilfen werden vom Wohnungsaufwand und vom Haushaltseinkommen abgezogen. Wohnkosten umfassen alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten, Heizung, Energie und Instandhaltung (abzüglich allfälliger Wohn- oder Mietbeihilfen) sowie Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum.

Grafik 7: Unzumutbarer Wohnkostenanteil, Trend 2004-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2007. Wohnkosten inklusive Energie- und Instandhaltungskosten, abzüglich allfälliger Wohn- oder Mietbeihilfen.

Trend: 2007 waren 17% der Gesamtbevölkerung bzw. rund 1,4 Millionen Menschen stark durch den Wohnungsaufwand belastet. Ohne Berücksichtigung von Energie und Instandhaltungskosten lag diese Quote bei rund 9% bzw. 664.000 Personen. Steigende Energiekosten und Mietpreise treffen Haushalte mit niedrigem Einkommen überdurchschnittlich stark. Unter den armutsgefährdeten Personen stieg die Betroffenheit von unzumutbarem

Wohnaufwand seit 2004 von etwa 51% auf 58% im Jahr 2007 an. Bei nicht armutsgefährdeten Personen blieb diese Quote relativ konstant bei etwa 11% bis 12%.

Anmerkungen: Der Indikator berücksichtigt explizit die Entwicklung von Lebenskosten, die bei der Messung von Armutsgefährdung sonst keine Rolle spielen. Energie- und Instandhaltungskosten werden aus der Konsumerhebung 2004/2005 getrennt nach Rechtsverhältnis geschätzt. Unterschiede bei Energieverbrauch und -Effizienz oder Tarife können daher in diesem Indikator nicht berücksichtigt werden.

Übersicht 8: Unzumutbarer Wohnkostenanteil (Wohnungsaufwand über ein Viertel des Einkommens, in % der Bevölkerung)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder und Jugendliche (bis 19 J.)	Junge Erwachsene (20-29 J.)	30-49 Jährige	50-64 Jährige	Pensionsalter (65+)
Gesamtbevölkerung	17	17	20	19	21	18	17	17
Bildungsferne	19	20	21	(19)	(24)	23	25	17
Migrationshintergrund	30	30	36	36	29	31	37	-
Menschen mit Behinderung	22	21	27	-	-	34	27	20
Ein-Eltern-Haushalte	48	58	58	61	(58)	55	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	16	17	17	17	-	17	-	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	20	20	23	23	23	21	-	-
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	15	16	18	19	(14)	16	(9)	-
Nicht-Armutgefährdete	11	11	13	12	13	13	11	12
Armutgefährdete	61	62	66	67	69	71	66	46
prekärer Wohlstand (60-70% Median)	31	33	37	36	(37)	37	37	31
Teilhabemangel	20	19	25	22	(24)	22	24	22
manifeste Armut	62	64	70	72	69	73	68	52

Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2007

Wohnkosten abzüglich allfälliger Wohn- oder Mietbeihilfen.

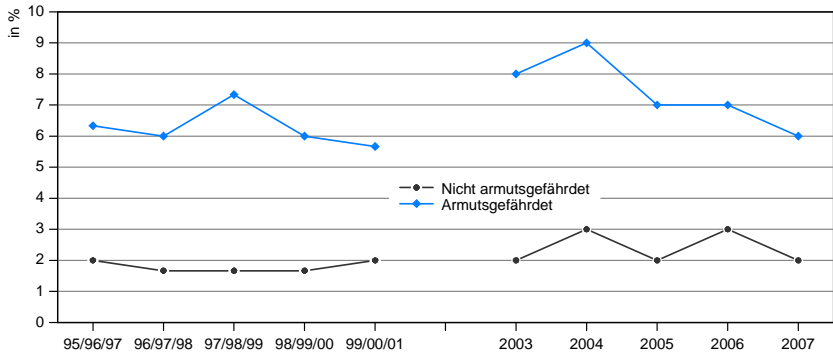
Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

INDIKATOR W3: PREKÄRE WOHNQUALITÄT

Definition: Anteil von Personen, die von zwei oder mehr der folgenden Wohnprobleme betroffen sind:

- » kein WC oder Badezimmer in der Wohnung
- » Feuchtigkeit, Schimmelbildung
- » dunkle Wohnräume
- » weder Waschmaschine noch Waschküche vorhanden.

Grafik 8: Prekäre Wohnqualität, Trend 2004-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2003-2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.
 Die Quoten beim Europäischen Haushaltspanel (1995-2001) beziehen sich auf mindestens zwei aus drei Wohnproblemen, da die Frage nach der Waschmaschine hier nicht gestellt wurde. Um Zufallsschwankungen zu glätten, werden für das ECHP Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen.

Trend: 2007 lebten rund 3% der Bevölkerung bzw. 223.000 Menschen in einer prekären Wohnsituation. 2% der nicht armutsgefährdeten Personen und 6% der armutsgefährdeten Personen waren betroffen. Während dieser Anteil bei nicht armutsgefährdeten Personen einigermaßen konstant bleibt, zeigt der Indikator seit 2004 einen kontinuierlichen Rückgang der Betroffenheit bei armutsgefährdeten Personen um rund drei Prozentpunkte.

Übersicht: Prekäre Wohnqualität (in % der Bevölkerung)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder und Jugendliche (bis 19 J.)	Junge Erwachsene (20-29 J.)	30-49 Jährige	50 - 64 Jährige	Pensionsalter (65+)
Gesamtbevölkerung	3	3	3	3	4	3	2	(2)
Bildungsferne	5	(6)	4	-	(15)	(4)	(5)	(3)
Migrationshintergrund	6	7	(5)	(7)	-	(4)	-	-
Menschen mit Behinderung	4	(5)	(3)	-	-	-	-	(3)
Ein-Eltern-Haushalte	(3)	-	-	-	-	-	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	5	(5)	(5)	(4)	-	(5)	-	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	(2)	(3)	(2)	(2)	-	-	-	-
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	3	3	3	3	-	3	-	-
Nicht-Armutsgefährdete	2	2	2	3	(3)	2	(2)	(1)
Armutsgefährdete	6	(8)	(5)	(6)	-	(5)	-	-
prekärer Wohlstand (60-70% d.Medians)	(5)	(5)	(4)	-	-	-	-	-
Teilhabemangel	7	(7)	(6)	(7)	-	(7)	-	-
manifeste Armut	11	(15)	(9)	-	-	-	-	-

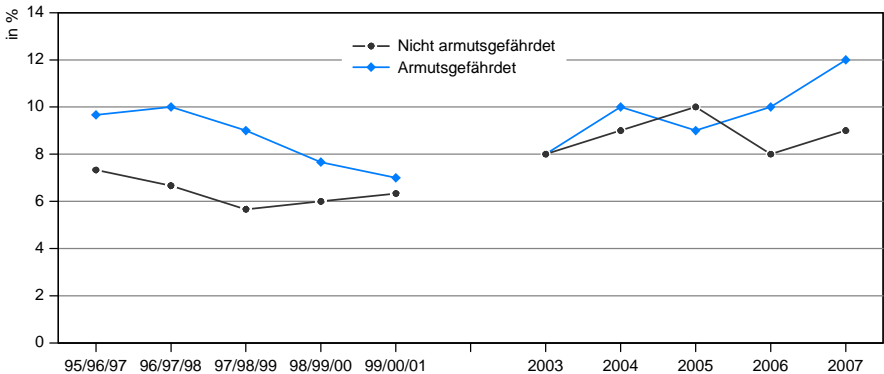
Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2007. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen. Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

INDIKATOR W4: BELASTUNG DURCH WOHNUMGEBUNG

Definition: Anteil von Personen, die sich durch mindestens zwei der folgenden Probleme in der Wohnumgebung belastet fühlen:

- » Kriminalität
- » Lärm
- » Umweltverschmutzung

Grafik 9: Belastung durch die Wohnumgebung, Trend 1995-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2003 – 2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.
Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Trend: Insgesamt sahen sich im Jahr 2007 rund 9% der Bevölkerung bzw. 752.000 Menschen mit Problemen in der Wohnumgebung konfrontiert. In den letzten beiden Jahren hat diese Quote vor allem für Armutsgefährdete deutlich zugenommen. Zuletzt waren 12% der armutsgefährdeten und 9% der nicht armutsgefährdeten Personen betroffen. Daten des ECHP für den Zeitraum von 1995 bis 2001 wiesen demgegenüber noch auf einen Rückgang von Wohnumgebungsproblemen für armutsgefährdete Personen hin. Anmerkungen: Die Berücksichtigung von Problemen in der Wohnumgebung unterstützt

das Monitoring der sozialen Eingliederung in Bezug auf räumliche Ungleichheiten und Segregationstendenzen. Die Datenlage ist aber insbesondere hinsichtlich der Infrastrukturversorgung eher ungünstig.

Übersicht 10: Belastung durch Wohnumgebung (Lärm, Kriminalität oder Umweltverschmutzung, in % der Bevölkerung)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder und Jugendliche (bis 19 J.)	Junge Erwachsene (20-29 J.)	30-49 Jährige	50 - 64 Jährige	Pensionsalter (65+)
Gesamtbevölkerung	9	9	10	9	8	9	11	8
Bildungsferne	9	9	9	-	(16)	9	13	6
Migrationshintergrund	15	12	17	14	(19)	13	(19)	-
Menschen mit Behinderung	14	13	14	-	-	(18)	21	9
Ein-Eltern-Haushalte	16	(16)	16	16	-	(16)	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	10	9	11	10	-	10	-	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	9	8	9	9	(10)	8	-	-
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	10	9	10	10	(9)	9	(11)	-
Nicht-Armutsgefährdete	9	(8)	9	(9)	-	(9)	-	-
Armutsgefährdete	12	(10)	13	(12)	-	(13)	-	-
prekärer Wohlstand (60-70% d.Medians)	12	12	12	12	15	11	20	7
Teilhabemangel	15	14	16	14	(19)	(14)	(18)	(11)
manifeste Armut	18	15	19	(18)	-	(21)	(27)	-

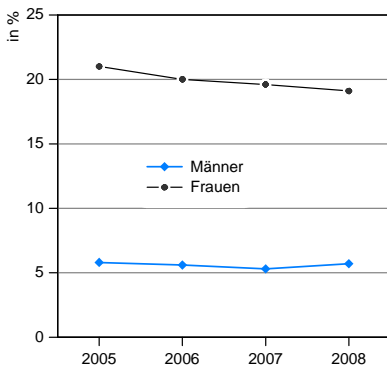
Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2007. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen. Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

3.4. Nationale Indikatoren zur Teilnahme am Erwerbsleben

INDIKATOR E1: ARBEITSMARKTFERNENQUOTE

Definition: Anteil von Personen zwischen 15 und 64 Jahren, die keine Erwerbspersonen sind. Als Erwerbspersonen gelten Erwerbstätige sowie Arbeitslose nach ILO-Definition¹¹ und Personen in Mutterschutz oder Elternkarenz. Studierende und PensionistInnen werden bei der Berechnung nicht einbezogen.

Grafik 10: Arbeitsmarktfernenquote, Trend 2005-2008



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus, Jahresergebnisse.

Trend: Insgesamt waren im Jahr 2008 537.000 Personen arbeitsmarktfern, das sind 12,4% der 15-64 Jährigen (ohne PensionistInnen und Personen in Ausbildung). Für Männer lag die Arbeitsmarktfernenquote seit 2005 relativ stabil zwischen 5,3% und 5,8%. Für Frauen hat sich die Arbeitsmarktfernenquote von 21,0% im Jahr 2005 auf 19,1% im Jahr 2008 verringert.

Anmerkungen: Der Indikator ergänzt die beiden EU-Indikatoren Erwerbsquote und Erwerbstätigenquote. Der Fokus liegt auf jenen Personen, die nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen und sich auch nicht im „Wartezimmer“ des Arbeitsmarktes befinden oder durch Pensionseinkommen abgesichert sind.

¹¹ Als arbeitslos im Sinne der ILO-Statistik gilt, wer weniger als eine Stunde arbeitet, aber mehr arbeiten will.

Übersicht 11: Arbeitsmarktfernenquote (in % der Bevölkerung)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Jugendliche (15-19 J.)	Junge Erwachsene (20-29 J.)	Haupt- erwerbs- alter (30-49 J.)	späteres Erwerbsalter (50-64 J.)
Gesamtbevölkerung	12	6	19	19	10	10	19
Bildungsferne	27	16	34	28	26	24	32
Migrationshintergrund	21	10	32	24	24	18	26
Ein-Eltern-Haushalte	14	11	14	20	20	11	23
Familien mit 3 u. mehr Kindern	20	6	35	34	32	19	12
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	21	4	37	41	30	18	19
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	11	4	16	17	9	11	11

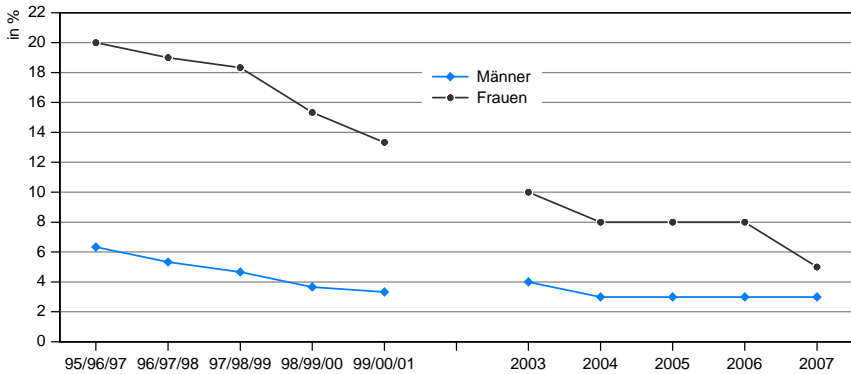
Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus 2008

Personen im Erwerbsalter (15-64), ohne Personen in Ausbildung und Personen in Pension. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet. Werte, die statistisch nicht interpretierbar sind, werden mit x überschrieben

INDIKATOR E2: HAUSHALTSEINKOMMEN AUS ERWERBSARBEIT UNTER GEFÄHRDUNGSSCHWELLE

Definition: Anteil der Personen in Erwerbshaushalten, deren Erwerbseinkommen geringer ist als die Armutsgefährdungsschwelle. Familienleistungen (Kinderbetreuungs- und Wochengeld sowie Familienbeihilfen und Kinderabsetzbetrag) werden zum Erwerbseinkommen hinzugerechnet. Erwerbshaushalte sind Haushalte mit Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit. Ausgenommen sind Haushalte, die mehr als 50% des Einkommens aus Pensionen beziehen oder alle 18-64 Jährigen, die in Ausbildung befindlich sind.

Grafik 11: Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Gefährdungsschwelle, Trend 1995-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2003-2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Nur unselbständig Erwerbstätige mit einer Normalarbeitszeit von mind. 12h, ohne Lehrlinge.

Trend: Der Anteil der Personen in Erwerbshaushalten ohne armutsfestes Erwerbseinkommen blieb relativ konstant (19-20%). Alleinerziehende mit ihren Kindern (Ein-Eltern-Haushalte) waren im Jahr 2007 mit einer Quote von 45% deutlicher benachteiligt als Mitte der 90er Jahre. In den Jahren 2004-2007 hat sich vor allem der Anteil der bildungsfernen Personen (von 29% auf 32%) erhöht, die kein armutsfestes Erwerbseinkommen erzielten.

Anmerkungen: Der Indikator identifiziert Haushalte mit geringem Erwerbseinkommen bzw. Familienleistungen. Das verfügbare Einkommen einschließlich sozialer Transferleistungen und anderer Einkünfte liegt aber in vielen Fällen über der Armutsgefährdungsschwelle. In einigen Fällen kann das verfügbare Einkommen trotz armutsfester Erwerbseinkommen aufgrund von geleisteten Transferleistungen (z.B. Unterhaltszahlungen) oder Steuernachzahlungen auch unter der Gefährdungsschwelle liegen.

Übersicht 12: Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Gefährdungsschwelle (in % der Personen in Erwerbshaushalten)

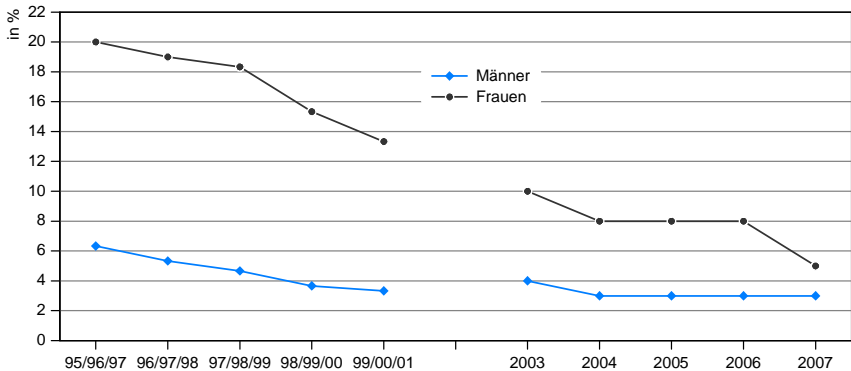
	Insgesamt	Männer	Frauen	Jugendliche (bis 19 J.)	Junge Erwachsene (20-29 J.)	30-49 Jährige	50-64 Jährige
Gesamtbevölkerung	19	19	20	21	17	16	22
Bildungsferne	32	31	33	(26)	(36)	28	33
Migrationshintergrund	32	30	33	37	28	28	(31)
Menschen mit Behinderung	35	36	34	-	-	(26)	38
Ein-Eltern-Haushalte	45	40	48	50	(46)	39	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	28	27	28	28	(27)	27	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	23	23	23	24	25	19	-
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	20	19	21	21	18	17	24
Nicht-Armutsgefährdete	12	12	12	12	10	9	18
Armutsgefährdete	99	98	99	99	100	97	99
prekärer Wohlstand (60-70% Median)	51	52	50	51	(52)	47	(55)
Teilhabemangel	26	25	27	24	(19)	20	40
manifeste Armut	97	96	98	98	(100)	94	(100)

Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2003-2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.
 Erwerbshaushalte sind Haushalte mit Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit, ausgenommen Haushalte die mehr als 50% des Haushaltseinkommens aus Pensionen beziehen oder wo alle 19-64 jährigen Haushaltsmitglieder in Ausbildung sind (2003 konnten "Studierendenhaushalten" nicht ausgeschlossen werden). Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen. Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen. Um Zufallsschwankungen zu glätten werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen.

INDIKATOR E3: NIEDRIGSTUNDENLOHNQUOTE

Definition: Anteil der unselbständig erwerbstätigen Personen, die weniger als 5,77 Euro pro Stunde Normalarbeitszeit verdienen. Der Stundenlohn entspricht einem Monatslohn von 1.000 Euro Brutto monatlich, 14 x pro Jahr und schließt daher Sonderzahlungen und bezahlte Urlaubszeiten ein. Nur unselbständig Erwerbstätige ohne Lehrlinge mit einer Normalarbeitszeit von mindestens 12 Wochenstunden gehen in die Berechnung ein.

Grafik 12: Niedrigstundenlohnquote, Trend 1995-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2003-2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Nur unselbständig Erwerbstätige mit einer Normalarbeitszeit von mind. 12h, ohne Lehrlinge.

Trend: Im Vergleich zum nominellen, nicht preisbereinigten Stundenlohn zeigt sich eine kontinuierliche Abnahme im Beobachtungszeitraum, von der vor allem Frauen profitiert haben. Mitte der 1990er Jahre hatten noch 10% der Frauen und 6% der Männer einen Bruttostundenlohn von weniger als 5,77 Euro (rund 80 Schilling). Im Jahr 2007 blieben immerhin noch 65.000 Frauen (5%) und 55.000 Männer (3%) unter diesem Schwellenwert.

Anmerkungen: In Österreich haben Tarifvereinbarungen der Sozialpartner eine große Bedeutung, weshalb dieser Indikator auf den politisch geforderten Mindestlohn von 1.000 € Brutto für Vollzeitbeschäftigte abgestimmt wird. Nicht alle Beschäftigten fallen aber unter den Kollektivvertrag, insbesondere bei geringfügiger oder befristeter Beschäftigung sowie bei freien DienstnehmerInnen. Differenziertere Schätzungen (z.B. nach Branchen) sind auf Basis der Verdienststrukturerhebung¹² bzw. in Zukunft auch auf Basis des Mikrozensus möglich.

12 Siehe: http://www.statistik.at/dynamic/wcmsprod/idcplg?ldcService=GET_NATIVE_FILE&dID=85465&dDocName=036307

Übersicht 13: Niedriger Stundenlohn (in % der unselbständig Erwerbstätigen, mind. 12h, ohne Lehrlinge)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Junge Erwachsene (20-29 J.)	30-49 Jährige	50-64 Jährige
Gesamtbevölkerung	4	3	5	5	3	(6)
Bildungsferne	(8)	-	(10)	-	(6)	(14)
Migrationshintergrund	(6)	-	-	-	-	-
Menschen mit Behinderung	-	-	-	-	-	-
Ein-Eltern-Haushalte	-	-	-	-	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	(6)	-	-	-	-	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	(4)	-	-	-	-	-
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	4	(4)	(5)	-	(3)	-
Nicht-Armutgefährdete	3	3	4	(5)	2	(5)
Armutgefährdete	(15)	(15)	(14)	-	(12)	-
prekärer Wohlstand (60-70% Median)	(9)	-	-	-	-	-
Teilhabemangel	(5)	-	-	-	-	-
manifeste Armut	-	-	-	-	-	-

Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2007.

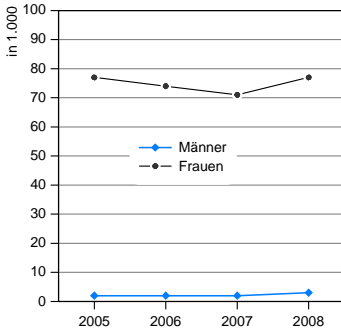
Nur unselbständig Erwerbstätige mit einer Normalarbeitszeit von mind. 12h, ohne Lehrlinge.

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen. Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

INDIKATOR E4: ERWERBSHINDERNISSE DURCH BETREUUNGSPFLICHTEN

Definition: Zahl der 15-64 Jährigen, die nicht erwerbstätig oder teilzeitbeschäftigt sind, weil keine geeignete Betreuungseinrichtung für Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene zur Verfügung steht.

Grafik 13: Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten, Trend 2005-2008



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus, Jahresergebnisse. Hochgerechnete Anzahl der 15-64 Jährigen die Frage „Wenn es entsprechende Betreuungseinrichtungen gäbe, würden Sie dann Vollzeit arbeiten“ oder die Frage „Vorausgesetzt, es gäbe entsprechende Betreuungseinrichtungen: Würden Sie dann arbeiten wollen?“ bejaht haben.

Trend: Einschränkungen der Erwerbstätigkeit aufgrund von fehlenden, angemessenen Betreuungsplätzen für ihre Kinder oder zu pflegende Angehörige betreffen fast ausschließlich Frauen. Von den 79.000 im Jahr 2008 betroffenen Personen waren 77.000 Frauen. Die Zahl blieb in den letzten Jahren fast unverändert.

Übersicht 14: Erwerbshindernisse (Personen im Erwerbsalter) (in 1.000)

	Insgesamt	Junge Erwachsene (20-29 J.)	Haupterwerbsalter (30-49 J.)	späteres Erwerbsalter (50-64 J.)
Gesamtbevölkerung	79	20	55	(3)
Bildungsferne	21	8	12	x
Migrationshintergrund	29	9	19	x
Ein-Eltern-Haushalte	11	(3)	8	x
Familien mit 3 u. mehr Kindern	13	x	12	x
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	37	16	20	x
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	37	(4)	32	x

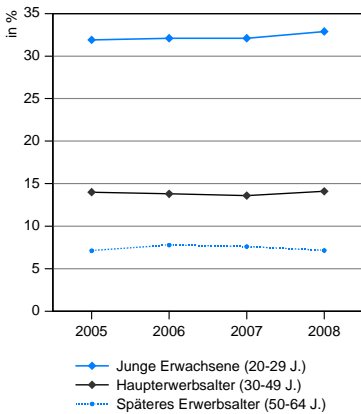
Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus 2008, Jahresergebnis. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet. Werte, die statistisch interpretierbar sind, werden mit x überschrieben.

3.5. Nationale Indikatoren zu den Bildungschancen in Österreich

INDIKATOR B1: BILDUNGSAKTIVITÄT

Definition: Anteil der Personen ab 15 Jahren in schulischer oder beruflicher Aus- oder Fortbildung.

Grafik 14: Bildungsaktivität, Trend 2005-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus, Jahresergebnisse.

Trend: Der Anteil bildungsaktiver Personen lag in den letzten Jahren bei etwa 18% der Gesamtbevölkerung ab 15 Jahren. Insgesamt waren 2008 rund 1,3 Millionen Menschen über 15 Jahren bildungsaktiv (673.000 Frauen, 596.000 Männer). Die Häufigkeit von Bildungsaktivitäten ist in der Altersgruppe der jungen Erwachsenen am höchsten (33%). Im Haupterwerbsalter nehmen 14% an Bildungsaktivitäten teil, im späteren Erwerbsalter etwa 7%. Eine Ausweitung der Bildungs-

aktivität ist im Beobachtungszeitraum nicht feststellbar.

Anmerkungen: Im Unterschied zum EU-Strukturindikator „Lebenslanges Lernen“, der sich auf die Altersgruppe von 25 bis 64 Jahren bezieht, wird hier die „Bildungsaktivität“ für alle Personen ab 15 Jahren berücksichtigt. Detailliertere Befunde zur Bildungsaktivität nach dem Ende der gesetzlichen Schulpflicht stehen auch aus dem 2008 erstmals in Österreich durchgeführten Adult Education Survey (AES) zur Verfügung.¹³

¹³ Siehe http://www.statistik.at/dynamic/wcmsprod/idcplg?IdcService=GET_NATIVE_FILE&dID=86056&dDocName=036431

Übersicht 15: Bildungsaktivität (in % der Bevölkerung)

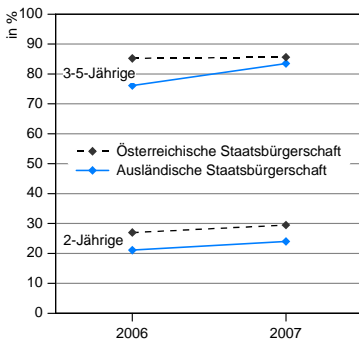
	Insgesamt	Männer	Frauen	Jugendliche (15-19 J.)	Junge Erwachsene (20-29 J.)	Haupt-erwerbs-alter (30-49 J.)	späteres-erwerbs-alter (50-64 J.)	Pensions-alter (65+)
Gesamtbevölkerung	18	18	19	84	33	14	7	2
Bildungsferne	3	4	3	18	9	5	2	1
Migrationshintergrund	16	14	17	76	29	11	5	3
Ein-Eltern-Haushalte	34	56	28	87	22	14	11	x
Familien mit 3 u. mehr Kindern	32	31	34	85	35	11	10	(3)
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	13	15	12	82	13	12	3	x
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	30	29	30	89	29	13	10	x
Langzeitarbeitslose	23	21	24	(43)	20	20	22	x

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus 2008, Jahresergebnis Personen ab 15 Jahren.
 Werte in Klammern sind stark zufallsbehandelt. Werte, die statistisch nicht interpretierbar sind, werden mit x überschrieben.

INDIKATOR B2: VORSCHULBILDUNGSSCHANCEN

Definition: Anteil der Kinder bis 5 Jahre, die einen Kindergarten, eine Kinderkrippe oder eine alterserweiterte Betreuungseinrichtung besuchen, an allen Kindern dieser Altersgruppe.

Grafik 15: Vorschulbildungschancen, Trend 2006-2007*



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wohnbevölkerung laut Bevölkerungsregister zum 1.10. des Jahres, Kindertagesheimstatistik, Besuch von Kinderkrippe, -garten sowie alterserweiterte Betreuungseinrichtungen (Alter zum 1.9. des Jahres), 5-Jährige SchülerInnen, die einen Hort besuchen wurden nicht mitgezählt (2007 567 Kinder). Der Anteilswert für 5-Jährige ist leicht nach unten verzerrt weil 5-Jährige, die bereits die Schule besuchen in die Basis der Berechnung eingehen.
 * Ohne Steiermark (keine Einzeldaten für Staatsbürgerschaft vorhanden).

Trend: In der Gruppe der 3-5 Jährigen haben 2007 84,6% bzw. 205.100 Kinder eine Vorschulbildungseinrichtung besucht. Die Vorschulbildungsquote hat sich damit gegenüber dem Jahr 2006 (83,3%) etwas erhöht und Unterschiede nach Staatsbürgerschaft haben sich um 6 % verringert. Kinder mit ausländischer Staatsbürgerschaft haben weiterhin eine geringere Vorschulbildungsquote (83,5%) als Kinder mit österreichischer Staatsbürgerschaft (86,5%). Die Betreuungsquoten für 2-Jäh-

rige liegen mit einem Wert von 26,6% im Jahr 2007 wesentlich niedriger, sind aber ebenfalls höher als noch im Jahr 2006 (24,4%). Bei den 2-jährigen Kindern mit ausländischer Staatsbürgerschaft liegen die Vorschulbildungschancen weiterhin um 5,5% unter jenen der 2-jährigen mit österreichischer Staatsbürgerschaft.

Anmerkungen: Der Besuch einer vorschulischen Bildungseinrichtung begünstigt den individuellen Bildungserfolg. Dies gilt speziell für Kinder mit fremder Muttersprache und kann hier auch besonders zur Entlastung der weiterführenden Bildungseinrichtungen beitragen. Da das Merkmal der Muttersprache in der Kindertagesheimstatistik nicht für alle Kinder erfasst ist, wird der Indikator nach der Staatsbürgerschaft der Kinder ausgewiesen. Die für die Arbeitsmarktchancen insbesondere von Müttern erforderliche Betreuung von Kindern erfolgt wesentlich auch außerhalb der hier berücksichtigten Bildungseinrichtungen (z.B. durch Verwandte, Tagesmütter, Babysitter usw.).

Übersicht 16: Vorschulbildungschancen

	Kinder im Alter von 0 bis 5 Jahren absolut	Kinder in Betreuung in %
Insgesamt	478.726	48,7
0 - 2-Jährige	236.243	11,9
3 - 5-Jährige	242.483	84,6
3-Jährige	80.517	70,0
4-Jährige	81.022	91,3
5-Jährige	80.944	92,3
Nach Staatsbürgerschaft *		
Insgesamt	415.136	49,5
ÖsterreicherInnen	365.683	50,0
AusländerInnen	49.453	46,1
0 - 2-Jährige	204.954	12,8
ÖsterreicherInnen	179.490	13,1
AusländerInnen	25.464	10,8
3-Jährige	69.834	71,9
ÖsterreicherInnen	61.904	72,4
AusländerInnen	7.930	67,7
4-Jährige	70.138	91,8
ÖsterreicherInnen	62.139	92,2
AusländerInnen	7.999	88,6
5-Jährige	70.210	92,3
ÖsterreicherInnen	62.150	92,0
AusländerInnen	8.060	94,0

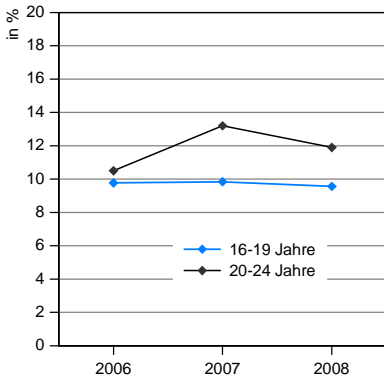
Q: STATISTIK AUSTRIA, Kindergartenheimstatistik 2007, Besuch von Kindergruppe, -garten sowie alterseweiterte Betreuungseinrichtungen (Alter zum 1.9.06, Aufgliederung der 5-Jährigen derzeit noch nicht nach Schulbesuch möglich; 5-jährige Schüler, die einen Hort besuchen, wurden nicht mitgezählt) gemessen an allen Kindern im jeweiligen Alter (Wohnbevölkerung laut Bevölkerungsregister zum 1.10.2007).

* ohne Steiermark (keine Einzeldaten für Staatsbürgerschaft vorhanden)

INDIKATOR B3: BILDUNGSFERNE JUGENDLICHE

Definition: Anteil der 16 bis 24 Jährigen, die keine Bildungseinrichtung im Sekundarbereich II (Lehre, BMS, oder Matura) oder höher besuchen oder abgeschlossen haben.

Grafik 16: Bildungsferne Jugendliche im Alter von 16 bis 19 bzw. 20 bis 24 Jahren, Trend 2006-2008



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus, Jahresergebnisse.
Nur 16-24-Jährige.

Trend: Insgesamt lag die Quote der bildungsfernen Jugendlichen im Jahresdurchschnitt 2008 bei 10,8%. Das sind rund 100.000 Jugendliche. In der Altersgruppe der 20-24 Jährigen hat die Quote in den letzten Jahren etwas zugenommen und liegt mit 11,8% etwas höher als bei den 16-19 Jährigen (9,6%).

Anmerkung: Dieser Indikator ergänzt den EU-Strukturindikator Bildungsstand der Jugendlichen (20-24 Jährige). Das später erzielte Qualifikationsniveau hängt dabei unmittelbar von der Bildungsbeteiligung unmittelbar nach dem Pflichtschulalter ab, die in diesem Indikator (sowie B1 „Bildungsaktivität“) besonders berücksichtigt wird.

Übersicht 17: Anteil der Jugendlichen mit keinem Besuch/Abschluss des Sekundarbereichs II oder höher (in % aller Jugendlichen der Altersgruppe)

	Insgesamt	Männer	Frauen
Gesamtbevölkerung	11	11	11
Bildungsferne	100	100	100
Migrationshintergrund	28	27	28
Ein-Eltern-Haushalte	20	15	23
Familien mit 3 u. mehr Kindern	7	8	6
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	33	28	36
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	9	9	9
Langzeitarbeitslose	71	(73)	x
Haushalt ohne Erwerbstätige	20	22	19

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus 2008, Jahresergebnisse

Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet. Werte, die statistisch nicht interpretierbar sind, werden mit x überschrieben

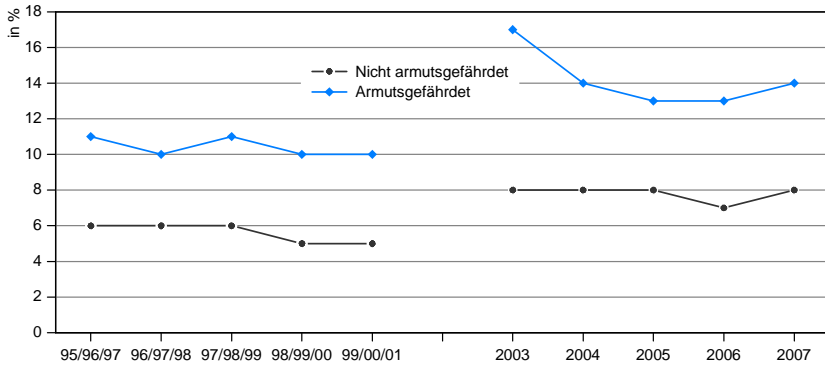
3.6. Nationale Indikatoren zur Gesundheitsversorgung in Österreich

INDIKATOR G1: GESUNDHEITSPROBLEME

Definition: Anteil der Personen ab 16 Jahren mit zwei oder mehr der folgenden gesundheitlichen Probleme:

- » sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand (subjektive Einschätzung)
- » chronische Krankheit
- » starke Einschränkung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten durch eine gesundheitliche Beeinträchtigung (oder Behinderung) seit mindestens einem halben Jahr

Grafik 17: Gesundheitsprobleme, Trend 1995-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2003-2007, EUROSTAT ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Die Definition von „Behinderung“ ist zwischen ECHP (1995-2001) und SILC (2003-2007) nicht vergleichbar. Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Trend: 2007 waren insgesamt 596.000 Personen bzw. 9% der Bevölkerung ab 16 Jahren gesundheitlich beeinträchtigt. Armutsgefährdete (2007: 14%) sind im gesamten Beobachtungszeitraum wesentlich häufiger betroffen als nicht armutsgefährdete Personen (2007: 8%).

Anmerkungen: Aufgrund der unterschiedlichen Definition von „Behinderung“ sind die Daten des ECHP nicht mit jenen aus SILC vergleichbar.

Übersicht 18: Gesundheitsprobleme (chronische Krankheit, Beeinträchtigung oder subjektiv schlechter Gesundheitszustand, in %)

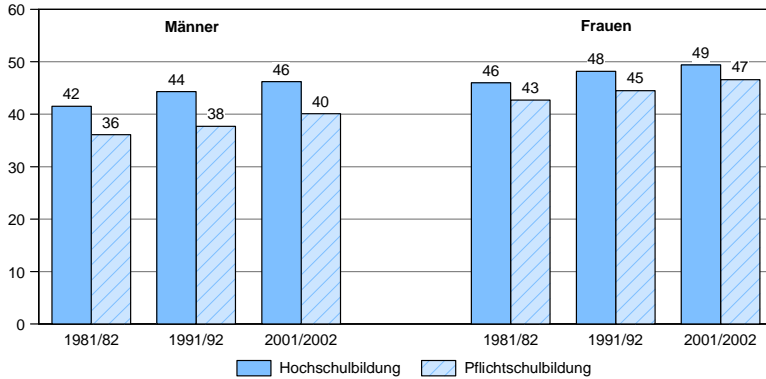
	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder und Jugendliche (bis 19 J.)	Junge Erwachsene (20-29 J.)	30-49 Jährige	50-64 Jährige	Pensionsalter (65+)
Gesamtbevölkerung	9	8	10	1	2	4	11	22
Bildungsferne	19	18	19	(2)	5	10	17	29
Migrationshintergrund	8	6	9	-	-	6	20	16
Menschen mit Behinderung	85	85	85	69	82	88	88	85
Ein-Eltern-Haushalte	4	-	4	-	-	(5)	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	3	3	3	-	-	3	(10)	16
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	3	3	2	-	(3)	2	11	16
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	4	4	5	(1)	(1)	4	11	24
Nicht-Armutsgefährdete	8	7	9	1	2	4	10	22
Armutsgefährdete	14	14	14	-	(3)	9	23	22
prekärer Wohlstand (60-70% d. Medians)	13	11	14	-	-	15	17	28
Teilhabemangel	19	15	22	-	(2)	13	26	42
manifeste Armut	21	-	-	15	36	29	24	19

Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2007. Nur Personen ab 16 Jahren. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen. Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

INDIKATOR G2: SOZIALE LEBENSERWARTUNGSDIFFERENZEN

Definition: Abstand (in Jahren) zwischen der noch zu erwartenden Lebensdauer von Personen mit Hochschulbildung und der noch zu erwartenden Lebensdauer von Personen mit Pflichtschulbildung (gerechnet ab dem 35. Geburtstag). Die Berechnung erfolgt auf Basis von Periodensterbetafeln, getrennt nach Geschlecht, und kann in Zukunft jährlich berechnet werden.

Grafik 18: Fernere Lebenserwartung mit 35 Jahren, Trend 1981/82-2001/2



Q: STATISTIK AUSTRIA, Verknüpfung von Volkszählungsdaten mit Gestorbenenendaten.

Trend: Die fernere Lebenserwartung ist seit den 1980er Jahren sowohl für höhere als auch für niedrige Bildungsschichten deutlich gestiegen. Allerdings bestehen weiterhin deutliche Unterschiede zwischen den Bildungsschichten. Für Männer ist die Differenz nach erreichtem Bildungsniveau deutlich größer als für Frauen. Die fernere Lebenserwartung für Männer mit Hochschulbildung ist um 6 Jahre höher als für Männer mit Pflichtschulbildung, für Frauen beträgt der Unterschied 2,8 Jahre.¹⁴

14 Detaillierte Auswertungen der Statistik Austria sind publiziert in: Statistische Nachrichten 11/2007, S 1010-1022.

Übersicht 19: Soziale Lebenserwartungsdifferenzen

	Personen mit Hochschulbildung	Differenz zur Lebenserwartung bei Hochschulbildung			
		Höhere Schule	Mittlere Schule	Lehre	Pflichtschule
Männer					
1981/82	41,5	-1,2	-2,3	-4,4	-5,5
1991/92	44,3	-1,8	-2,7	-5,0	-6,6
2001/02	46,2	-1,7	-2,4	-4,3	-6,2
Frauen					
1981/82	46,0	-1,0	-1,5	-2,1	-3,3
1991/92	48,2	-0,6	-1,3	-2,4	-3,7
2001/02	49,4	-0,6	-0,8	-1,6	-2,8

Q: STATISTIK AUSTRIA Fernere Lebenserwartung mit 35 Jahren, Verknüpfung von Volkszählenden mit Gestorbenenendaten

3.7. Definition der Kontextvariablen

Bildungsferne: Personen ab 16 Jahren, die keine Ausbildung im Sekundarbereich II (Lehre, BMS oder Matura) besuchen und keine dieser Ausbildungen bereits abgeschlossen haben.

Migrationshintergrund: Personen ohne österreichische oder EU15/EFTA-Staatsbürgerschaft und eingebürgerte Personen mit vormals Nicht-EU15/EFTA-Staatsbürgerschaft. Die Beschränkung auf EU15 wird in Zeitreihen konsequent angewendet, d.h. die neuen Mitgliedstaaten werden hier nicht berücksichtigt.

Menschen mit Behinderung: Subjektiv wahrgenommene starke Beeinträchtigung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten, die mindestens schon 6 Monate andauert. Aufgrund einer geänderten Fragestellung ist die Definition von „Menschen mit Behinderung“ zwischen ECHP und SILC nicht vergleichbar.

Ein-Eltern-Haushalte: Alle Personen (Erwachsene und abhängige Kinder/Jugendliche), die in einem Haushalt leben, der aus einer erwachsenen Personen und mindestens einem Kind oder abhängigen Jugendlichen besteht. Als Kinder gelten alle unter 16-Jährigen, als abhängige Jugendliche 16-26-Jährige, die mit mindestens einem Elternteil

zusammenleben und nicht erwerbstätig sind.

Familien mit 3 u. mehr Kindern: Alle Personen in Haushalten mit zwei (oder mehreren) Erwachsenen und drei (oder mehreren) abhängigen Kindern/Jugendlichen. Als Kinder gelten alle unter 16-Jährigen (SILC) bzw. alle unter 15-Jährigen (MZ), als abhängige Jugendliche 16-26 Jährige (SILC) bzw. 15-26 Jährige (MZ), die mit mindestens einem Elternteil zusammenleben und nicht erwerbstätig sind.

Familien mit Kindern unter 4 Jahren: Alle Personen in Haushalten, in denen das jüngste Kind unter 4 Jahre alt ist.

Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren: Alle Personen in Haushalten, in denen mindestens ein Kind zwischen 4 und 16 Jahren lebt.

Armutsgefährdete: Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medians des äquivalisierten Haushaltseinkommens liegt.

Prekärer Wohlstand: Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen zwischen 60% und 70% des Medians des äquivalisierten Haushaltseinkommens liegt.

Finanzielle Deprivation: Mangelnde Teilhabe am Mindestlebensstandard. Betroffene können sich mindestens zwei der folgenden Merkmale nicht leisten:

- » Die Wohnung angemessen warm zu halten
- » Regelmäßige Zahlungen (Miete, Betriebskosten) rechtzeitig zu begleichen
- » Notwendige Arzt oder Zahnarztbesuche in Anspruch zu nehmen
- » Unerwartete Ausgaben (z.B. für Reparaturen) zu finanzieren
- » Neue Kleidung zu kaufen
- » Jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder vegetarische Speisen zu essen

» Freunde oder Verwandte einmal im Monat zum Essen einzuladen.

Teilhabemangel: Das Einkommen liegt über der Armutsgefährdungsschwelle, aber finanzielle Deprivation ist feststellbar.

Manifeste Armut: Armutsgefährdung und finanzielle Deprivation treten gemeinsam auf.
Langzeitarbeitslose: Personen, die bereits 12 Monate oder länger arbeitslos sind (ILO-Definition).

4. WIRKUNGSZUSAMMENHÄNGE BEI DER ENTSTEHUNG VON ARMUTSLAGEN

4.1. Das Wirkungsgefüge von Primär- und Sekundärkontexten

Der von Statistik Austria vorgelegte Indikatorenkatalog (siehe Kapitel 5) definiert Eingliederung anhand von Normen zur gesellschaftlichen Intervention und liefert statistische Kennzahlen, die Rückschlüsse über die soziale Eingliederung ermöglichen. Historisch verwurzelte Unterstützungsnormen gelten besonders dann, wenn der Verzicht auf eine angemessene Lebensweise aus einem Mangel an Geld resultiert.

Das Einkommen ist nicht nur das Ergebnis (Output), sondern vor allem auch ein Instrument (Kontext) der Eingliederung. Marktprozesse und sozialpolitische Interventionen mittels Steuern, Abgaben und Transferleistungen bewirken – als Output – eine spezifische Verteilung von verfügbarem Einkommen. Auf individueller Ebene erweitert ein höheres Einkommen – als Input – die Möglichkeiten der Lebensführung, während ein sehr geringeres Einkommen Wahlmöglichkeiten verengt. Gleichzeitig wird durch das Angebot öffentlicher Güter (Wohnungen, Infrastruktur usw.) und Dienstleistungen (wie z.B. Bildung, Gesundheitsversorgung usw.) die Lebensführung der Menschen beeinflusst. Auch Preisentwicklung oder Vermögensbesitz, aber auch regionale Disparitäten, milieuspezifische Lebensstile usw. können bestimmend sein.

Prinzipiell ist das Einkommen also lediglich eine von mehreren Kontexten für die Entstehung und Veränderung von Armutslagen. Dennoch fokussiert dieses Kapitel besonders auf finanzielle Armutgefährdung als dem ökonomischen Bindeglied zwischen Struktur und Lebensführung. Die dabei entwickelten Verfahren können in weiterführenden (auch soziologischen) Analysen von Wirkungszusammenhängen angewendet werden.

Aufgrund der universellen und kurzfristigen Wirksamkeit für individuelle Versorgungsmöglichkeiten ist die Verfügbarkeit von Einkommen ein bevorzugtes Instrument der

Intervention und kann als primärer Kontext für soziale Eingliederung betrachtet werden. Als im 19. Jahrhundert erstmals Massenumfragen in England durchgeführt wurden, sollte damit der wissenschaftliche Nachweis erbracht werden, dass Armut das Resultat der Verteilung von Ressourcen sei und nicht Ergebnis moralischer Minderwertigkeit. Mit dem Begriff der „primären Armut“ (Rowntree 1901)¹⁵ wurde der Mangel an Einkommen von liberaler Seite als wichtigste Ursache der Massenverelendung im Industriekapitalismus identifiziert. Finanzielle Mindestsicherung wurde als Voraussetzung für eine individuelle Lebensgestaltung anerkannt und als Norm zur gesellschaftlichen Intervention bestätigt. Im Lichte globaler wirtschaftlicher Veränderungen und der Auflösung traditionaler Bindungen hat die Bedeutung finanzieller Mittel und der darauf beruhenden Sicherungsinstrumente bis heute weiter zugenommen.

Primärkontexte, wie das verfügbare Einkommen, verändern sich kurzfristig - etwa aufgrund einer Beschäftigungsaufnahme oder plötzlicher Arbeitslosigkeit. Auch durch Geburt, Tod, Zuzug oder Auszug von Haushaltsmitgliedern verändern sich finanzielle Möglichkeiten schlagartig. Derartige Ereignisse werden auch durch sekundäre Kontexte geformt. Die zentrale Fragestellung ist daher, welche Wirkungszusammenhänge zwischen finanzieller Armutsgefährdung und anderen Kontexten empirisch nachweisbar sind.

Klassisch ist beispielsweise die Strukturierung von Armutslagen im Lebensverlauf, etwa durch Erwerbsmöglichkeiten und Einkommensbedarf. Kinder, Jugendliche und deren Eltern haben meist geringere Möglichkeiten und höhere finanzielle Belastungen als kinderlose Paare im Erwerbsalter. Haushaltsgründung, wachsende Berufserfahrung und das spätere Ausscheiden aus dem Erwerbsleben verändern die Situation.

Soziale Eingliederung lässt sich theoretisch durch ein Schalenmodell beschreiben, bei dem die Lebensführung sowohl direkt als auch über den Primärkontext vermittelt

15 Rowntree, Seebohm (1901). *Poverty: A Study of Town Life*. London: Macmillan.

in einem Wirkungszusammenhang mit Sekundärkontexten steht. Elemente dieses Modells, also deprivierte Lebensführung, finanzielle Ressourcenpositionen und Aktivierungspotenziale, sind empirisch beobachtbar und werden seit dem Jahr 1995 auch regelmäßig in Panelstichprobenerhebungen gemessen.

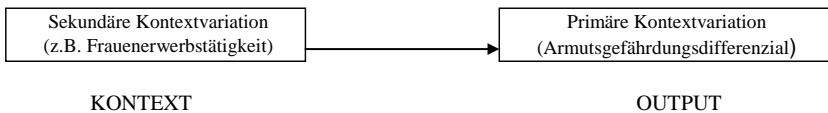
Grafik 19: Schalenmodell der sozialen Eingliederung



Q.: STATISTIK AUSTRIA

Für eine partielle Quantifizierung von Wirkungszusammenhängen kann auf ein vereinfachendes Modell recurriert werden, bei dem Variationen eines oder mehrerer sekundärer Kontexte mit begleitenden Variationen finanzieller Armutsgefährdung untersucht werden.

Grafik 20: Vereinfachtes Strukturierungsmodell für soziale Eingliederung



Q.: STATISTIK AUSTRIA

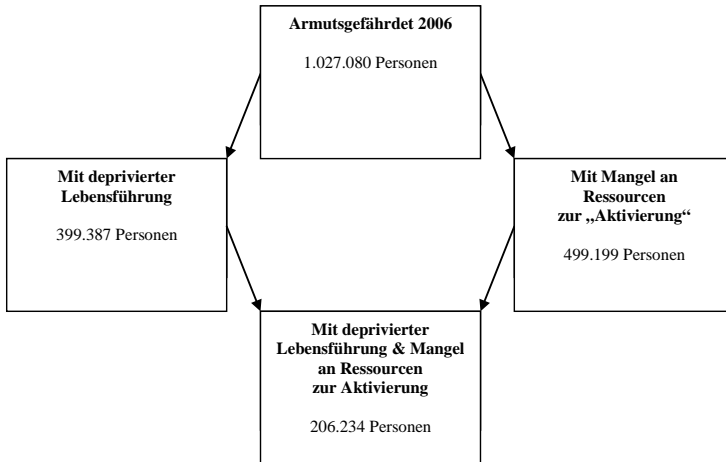
Die Unterscheidung von unmittelbar wirksamen Primärkontexten und längerfristig wirksamen Sekundär- oder Strukturkontexten ist für mögliche Interventionsstrategien wesentlich. Ein Strategieplan für die Periode 2008-2011 muss zwar längerfristige Interventionen (etwa im Bildungswesen) vorsehen, deren volle Wirkung ist jedoch möglicherweise erst in späteren Perioden beobachtbar. Die Unterscheidung der zeitlichen Dimension von Wirkungszusammenhängen verweist auch auf die Notwendigkeit einer differenzierten Methodik zur Untersuchung von Struktureffekten und kurzfristigen Kontextänderungen.

Ein Vergleich von Querschnitten in einer Zeitreihe verdeutlicht dabei die langsamer ablaufenden Strukturprozesse. Paneldaten hingegen ermöglichen die Untersuchung der zeitlichen Abfolge von kurzfristigen Veränderungen. Durch ein eigens entwickeltes Bilanzierungsverfahren können primäre Kontexte – also Haushaltsgröße und verfügbares Einkommen – direkt in Zusammenhang mit gleichzeitig stattfindenden Kontextveränderungen und Interventionen interpretiert werden.

4.2. Überschneidungen verschiedener Aspekte der Armut

Deprivierte Lebensführung, finanzielle Armutsgefährdung und mangelnde Aktivierungsressourcen können gleichzeitig auftreten und so Armutslagen zuspitzen und Integrationschancen beeinträchtigen. Ein gemeinsames Auftreten aller drei Formen von Armut trifft für mehr als 206.000 Personen, d.h. mehr als ein Fünftel (20%) aller Armutsgefährdeten zu. Diese Menschen stehen vor enormen Herausforderungen, die soziale Eingliederung zu bewältigen. Die folgende Grafik gibt die unterschiedlichen Überschneidungen wieder:

Grafik 21: Armutsgefährdung



Q.: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2006.

Ein Mangel an Ressourcen beschreibt das Auftreten mindestens eines der drei Kriterien:

- » keine Erwerbsbeteiligung,
- » keine Bildungsaktivität bei Personen über 15 Jahren, die höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen oder
- » gravierende gesundheitliche Probleme.

Da grundsätzlich die gesamte Bevölkerung dem Risiko ausgesetzt ist, finanziell arm zu werden, lohnt sich ein Blick auf die Überschneidungen der einzelnen Kriterien in verschiedenen Kombinationen unabhängig von der Armutsgefährdung.

Die Aktivierungsressourcen stehen in dem Fall zur Überwindung dieses Zustandes zur Verfügung. Im Jahr 2006 waren ca. 3.461.000 Personen in Haushalten – etwa 42% der Gesamtbevölkerung – von mindestens einem Kriterium mangelnder Aktivierungsres-

sources betroffen, davon 1.493.000 direkt Betroffene im Alter von 16 bis 64 Jahren und 1.968.000 indirekt betroffene Haushaltsmitglieder aller Altersgruppen. Betrachtet man das einzelne Auftreten der Kriterien, ergeben sich etwa 1.662.000 Personen (mit maximal Pflichtschulabschluss) ohne formale Bildungsaktivität (682.000 direkt), etwa 2.619.000 Personen ohne Erwerbstätigkeit (1.043.000 direkt) und rund 607.000 Personen in Haushalten mit gesundheitlich beeinträchtigten Menschen (242.000 direkt).

Ein großer Teil des Ressourcenmangels leitet sich aus fehlender formaler Bildungsaktivität ab. Fehlende Erwerbstätigkeit in Verbindung mit fehlender Bildungsaktivität im Haushalt kommt bei 923.000 Personen vor (davon 339.000 direkt betroffen), während Bildung und Gesundheit nur für rund 193.000 Personen (73.000 direkt) gleichzeitig besteht. Einen Mangel an Gesundheit und Erwerbstätigkeit findet man bei etwa 381.000 Haushaltspersonen (154.000 direkt). Das gleichzeitige Auftreten aller drei Merkmale lässt sich bei etwa 143.000 Personen – 2% der Gesamtbevölkerung – feststellen, davon 56.000 direkt Betroffene. Für diese Haushalte ist die Ausgangsposition im Falle eines Abrutschens in die finanzielle Armutsgefährdung erheblich schlechter als für andere. Folglich sind diese Menschen auf verstärkte Unterstützung durch die Sozialpolitik angewiesen.

4.3. Veränderungen im Zeitverlauf

ARMUTSGEFÄHRDUNG, DEPRIVATION UND AKTIVIERUNGSRESSOURCEN VON 1995 BIS 2006

Die Armutsgefährdungsquote zeigt in den letzten 12 Jahren eine wechselhafte Entwicklung. Während von 1996 bis 1998 etwas höhere Werte um 14% vorherrschten, wurden im Folgezeitraum bis 2001 jeweils 1-2 Prozentpunkte weniger gemessen. Nach einem Anstieg (mit dem Beginn der EU-SILC Erhebungen in Österreich 2003) stabilisierte sich der Wert bei 12,6% in den letzten beiden Berichtsjahren.

Übersicht 20: Armutsgefährdung, Deprivation und Aktivierungsressourcen von 1995-2006

	Armutsgefährdung	Deprivation	Mangel an Aktivierungsressourcen
1995/1996	14,0	16,3	51,6
1997/1998	13,5	14,0	51,9
1999/00	11,7	13,9	53,1
2001/03	12,6	14,0	51,0
2003/04	13,1	15,9	58,1
2005/06	12,6	14,9	42,7

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-Silc 2003-2006, EUROSTAT ECHP 1995-2001

Armutsgefährdung bedeutet ein standardisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Median-äquivalenzeinkommens.

Deprivation hat, ähnlich wie die Armutsgefährdung, nach einer spürbaren Abnahme seit 2003 wieder leicht zugenommen mit Werten um 15%. Mangel an Aktivierungsressourcen (Erwerbstätigkeit, Bildungsaktivität und Gesundheit) einer Haushaltsperson betrifft hier den gesamten Haushalt, da alle Mitglieder direkt oder indirekt betroffen sind. In diesem Sinne ist die Quote des Ressourcenmangels zu verstehen. Diese Interpretation sichert außerdem die Konsistenz mit den vorangegangenen beiden Konzepten. Verglichen mit finanzieller Armut und Deprivation ist Ressourcenmangel ein relativ verbreitetes Phänomen mit zuletzt rund 43% betroffener Personen in der Gesamtbevölkerung. Hier ist der Anteil längerfristig seit 1995 um knapp 10 Prozentpunkte gesunken.

ARMUTSGEFÄHRDUNG FÜR HAUSHALTSTYPEN UND MERKMALE DER HAUPTVERDIENENDEN PERSON

Eine Auswertung der Positionsveränderungen für die Armutsgefährdung unterschiedlicher Haushaltstypen und Merkmale der hauptverdienenden Person wurde ebenfalls durchgeführt. Ergebnisse dazu sind in Übersicht dokumentiert. Hauptverdiener sind jene Personen, die am meisten zum Haushaltseinkommen beitragen. Insofern eignen sich deren persönliche Merkmale zur Charakterisierung armutsgefährdeter Haushalte.

Besonders betroffen scheinen hier alleinlebende Frauen mit oder ohne Pension, Alleinerziehende ohne Pension, Personen mit Pflichtschulabschluss, sowie Arbeitslose und Migranten bzw. Migrantinnen zu sein. Bei den Pflichtschulabschlüssen scheint die Situation seit 1995 (bzw. dem gleitenden Dreijahresdurchschnitt 95/96/97) nahezu unverändert: Migranten bzw. Migrantinnen erlebten bis 2000 einen Rückgang der Armutsgefährdung, seit 2003 hat sich die Quote wieder auf zuletzt 25% erhöht.

Ähnliches gilt für Alleinerziehende, deren Position sich seit 2000 wieder verschlechtert hat. Im verstärkten Ausmaß sind Arbeitslose vom Abstieg in die finanzielle Armutsgefährdung betroffen. Erwerbstätigkeit verhält sich hier mit Anteilen um 12% konstant. Universitätsabschlüsse sind mehr noch als 1995 Garant für geringe Armutsgefährdung (zuletzt 7%), womit Bildungsaspiration noch bedeutender als Element der Armutsprävention wird. Gesundheitliche Probleme tragen heute öfter als früher zur Armutsgefährdung bei.

Übersicht 21: Armutsgefährdung von Haushaltstypen und Merkmale der hauptverdienenden Person (in %)

	95/96/97	98/99/00	01/03/04	04/05/06
Haushaltsgruppen				
Alleinlebende Männer mit Pension	13	8	13	9
Alleinlebende Frauen mit Pension	35	35	28	25
MPH mit Pension	19	17	14	11
Alleinlebende Männer ohne Pension	21	16	18	19
Alleinlebende Frauen ohne Pension	22	19	21	23
MPH ohne Kinder	5	6	8	8
Alleinerziehend ohne Pension	30	25	27	26
MPH +1 Kind	10	7	7	9
MPH +2 Kinder	10	11	11	11
MPH +3 oder mehr Kinder	23	17	20	20
Bildungsstand				
Pflichtschule	19	20	19	20
Lehrabschluss	9	7	9	9
Matura	11	9	10	10
Universität	10	9	9	7
Weitere Merkmale der hauptverdienenden Person				
Arbeitslos	17	14	17	21
Erwerbsaktiv	13	12	12	12
MigrantIn	22	18	22	24
Gesundheitliche Probleme	16	15	16	18
Erwerbstätige Frau im HH	13	12	11	11

Q.: STATISTIK AUSTRIA, EU-Silc 2003-2006, EUROSTAT ECHP 1995-2001

Armutsgefährdung bedeutet ein standardisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medianäquivalenzeinkommens. - Personenkreise und Haushaltsgruppen beziehen sich auf alle Haushaltspersonen. - Werte sind Dreijahres-Durchschnitte. - Im Jahr 2002 fand keine Erhebung statt.

4.4. Eingliederungsbilanzen und Kontextveränderungen

AUFBAU EINES BILANZIERUNGSSYSTEMS ANHAND VON ÜBERTRITTEN

Die gegenwärtige Berichterstattung von EU-SILC orientiert sich an den Entwicklungen von Bestandsgrößen („stocks“). Diese liefern sinnvolle Informationen zur absoluten Armutsgefährdung, geben aber nur ungenau Auskunft, wie eine solche zustande gekommen ist und welche Fluktuation innerhalb dieser Gruppe vorherrscht. Für einzelne Personenkreise bzw. Haushaltsgruppen liegen durchaus relevante Veränderungen vor.

Der Effekt der Stichprobenrotation sowie strukturelle Veränderungen der ausgewiesenen Gruppen bleiben jedoch unsichtbar.

Man könnte also bei Familien mit Kindern bis drei Jahre von einem sozialpolitischen Erfolg sprechen, der Bestand ging hier zurück. Aus dem Befund geht jedoch nicht hervor, ob dies daran liegt, dass z.B. die Geburtenrate zurückgegangen ist oder vermehrt Paare aus höheren Einkommensschichten Kinder bekommen. Zudem hat dies wenig mit politischer Intervention oder Eigeninitiative zu tun, falls etwa der Zustrom an zugewanderten Personen in einem Jahr zu spürbaren Veränderungen der Struktur aller Zuwanderer in Bezug auf soziale Eingliederung führt. Konkret lag die Armutsgefährdungsquote der erstmals in 2006 befragten Migrantinnen oder Migranten bei 22% und damit unter dem Wert des Gesamtbestands dieser Gruppe (24%). Eine weitere Form der Strukturveränderung sind Neugeburten in Familienhaushalten. Hier lag im Jahr 2006 beispielsweise die Armutsgefährdungsquote der Neugeborenen bei 17% und damit deutlich über dem Gesamtdurchschnitt (13%).

Direkte Schlussfolgerungen aus solchen Bestandsveränderungen könnten nicht zuletzt wegen der Strukturveränderungen irreführend sein. Eine korrekte Messung sollte sich daher weniger auf die Bestände von kontinuierlich ausgetauschten und deshalb mit Stichprobenfehlern behafteten Stichproben (wie EU-SILC) konzentrieren, als vielmehr Längsschnittvergleiche von Stichprobenpersonen vornehmen. So lässt sich feststellen, ob maßgeschneiderte politische Interventionen tatsächlich den betroffenen Bevölkerungsgruppen zugute kommen. Veränderungen bei diesen Personen werden anhand von Übertritten bzgl. eines definierten Zustandes gemessen.

Der Aufbau eines solchen Bilanzierungssystems sieht wie folgt aus: Grundsätzlich lässt EU-SILC Längsschnittuntersuchungen von bis zu vier Jahren zu, da die gezogenen Haushalte der Stichprobe vier Jahre hintereinander befragt werden. Durch die sogenannte Viertelrotation kommt jedes Jahr ein Viertel der Gesamtstichprobe neu hinzu, während

gleichzeitig ein anderes, älteres herausrotiert. Dieses Verfahren mindert methodische Probleme (wie Stichprobenausfälle), hat jedoch auch zur Folge, dass immer nur ein Viertel der Stichprobe über vier Jahre beobachtet werden kann.

Bilanzierungen finden in der Regel auf Jahr-zu-Jahr Basis statt. In diesem Fall stehen dafür drei Viertel der Stichprobe zur Verfügung; das andere Viertel wird ausgetauscht. Es können also Positionsveränderungen von einem Jahr auf das andere beobachtet werden. In unserem Fall interessieren uns Übertritte aus der bzw. in die Armutsgefährdung als primäres Bilanzierungsmerkmal. Zudem können sich auch Kontexte der Armutsgefährdung ändern.

ÜBERTRITTE VON HAUSHALTEN IN BEZUG AUF ARMUTSGEFÄHRDUNG

Obwohl die Übersicht insgesamt einen positiven Saldo von Zugängen und Abgängen der Armutsgefährdung abbildet, mussten Ausbildungsferne, Alleinerziehende, Familien mit drei und mehr Kindern sowie Familien mit Kindern unter vier Jahren Verschlechterungen hinnehmen. Deutliche Einkommensverluste sind ein häufiger Grund für den finanziellen Abstieg der Haushalte in den Bereich der Armutsgefährdung. Im Mittel (Median) betrifft der Einkommensverlust nahezu EUR 10.200,-. Diese Größenordnung (+/- 20%) ergibt sich für Haushalte unterschiedlichster Zusammensetzung. Die betroffenen Haushalte sind zu einer weitreichenden Neuorientierung ihrer Lebensführung herausgefordert.

Übersicht 22: Übertritte in Bezug auf Armutsgefährdung zwischen 2005 und 2006

Personenkreise	Anzahl der Übertritte (1.000)		Übertrittswahrscheinlichkeit in %			absolute Einkommens- veränderung in EUR (Median)	
	Zugänge	Abgänge	Saldo	Zugänge	Abgänge	Zugänge	Abgänge
Alle	391	430	39	6	47	-10.200	7.914
Ausbildungsferne	130	109	-21	11	37	-8.913	5.458
MigrantInnen	84	84	-1	14	53	-7.644	6.934
Menschen mit Behinderungen	35	39	4	8	35	-8.913	6.234
Haushaltsgruppen							
Alleinerziehende	49	31	-18	20	52	-7.868	8.374
Familien mit 3 und mehr Kindern	66	54	-12	12	48	-11.038	9.631
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	64	42	-22	8	40	-7.644	9.394
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	129	187	57	7	55	-9.277	7.967

Q.: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2005 und 2006. Armutsgefährdung bedeutet ein standardisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medianäquivalenzeinkommens. Personenkreise und Haushaltsgruppen beziehen sich auf alle Haushaltpersonen. Die Übertrittswahrscheinlichkeit errechnet sich aus der Zahl der Übertritte gemessen an der Zahl der Risikopopulation für diese Gruppe.

HAUSHALTSGRÖSSENÄNDERUNGEN UND EINKOMMENSVERÄNDERUNGEN

Die Komposition und die Größe eines Haushaltes sind wesentlich für deren Bedarfslage. Hierbei kommt es häufig zu Veränderungen der Lebenssituation, beispielsweise der Teilung des Haushaltes oder der Geburt eines Kindes. Solche Veränderungen können den Unterschied ausmachen, ob ein Haushalt armutsgefährdet ist oder nicht. Mit anderen Worten: Trotz Aktivierung und staatlicher Intervention kann ein Haushalt aufgrund der geänderten Bedarfslage immer noch in die Armutsgefährdung geraten.

Eine erfolgreiche Aktivierung im Erwerbsleben stellt die wichtigste Möglichkeit dar, der Armutsgefährdung zu begegnen. Knapp 325.000 Personen leben in Haushalten, denen es gelungen ist, allein durch eine Steigerung ihres Erwerbseinkommens den Bereich der Armutsgefährdung zu verlassen. Das wurde im Schnitt (Median) durch eine Steigerung des Einkommens von 9.600 Euro ermöglicht und entspricht einem Anteil von 76% all jener Personen, die aus Armutsgefährdung herauskamen und einem Anteil von 32% aller Personen, deren Erwerbseinkommen zwischen 2005 und 2006 gestiegen

ist (siehe Übersicht). Den Aufstiegsmöglichkeiten stehen erhebliche Abstiegsrisiken gegenüber. So leben mehr als 329.000 Personen in Haushalten, die mit Verlusten von im Mittel (Median) rund EUR 11.000,- konfrontiert gewesen sind, wodurch sie in den Bereich der Armutsgefährdung gelangten (entspricht 84% aller Neuzugänge). Unter Haushalten mit Migrationshintergrund ist die Zahl der Abgänge (73.000 Personen) aus der Armutsgefährdung deutlich höher als die Zugänge (63.000 Personen):

Übersicht 23: Zugänge in die Armutsgefährdung in Verbindung mit einem veränderten Erwerbseinkommen im Haushalt zwischen 2005 und 2006

Personenkreise	Abgänge in Verbindung mit gestiegenen Einkommen			
	in 1.000	Anteil in %	Übertrittswahrsch.	Δ Median-Einkommen
Alle	325	76	32	9.581
Ausbildungsferne	62	56	38	7.063
MigrantInnen	73	87	34	6.934
Menschen mit Behinderungen	14	35	37	9.581
Haushaltsgruppen				
Alleinerziehende	22	71	40	8.726
Familien mit 3 und mehr Kindern	48	89	29	10.996
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	36	84	40	11.652
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 J.	171	91	31	7.967

Q.: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2005 und 2006. Armutsgefährdung bedeutet ein standardisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medianäquivalenzeinkommens. Personenkreise und Haushaltsgruppen beziehen sich auf alle Haushaltspersonen. Die Übertrittswahrscheinlichkeit errechnet sich aus der Zahl der Übertritte gemessen an der Zahl der Risikopopulation für diese Gruppe. Es werden nur Einkommensänderungen von mindestens 5% im Vergleich zum Vorjahr gezählt.

Übersicht 24: Abgänge in die Armutsgefährdung in Verbindung mit einem veränderten Erwerbseinkommen im Haushalt zwischen 2005 und 2006

Personenkreise	Abgänge in Verbindung mit gestiegenen Einkommen			
	in 1.000	Anteil in %	Übertrittswahrsch.	Δ Median-Einkommen
Alle	325	76	32	9.581
Ausbildungsferne	62	56	38	7.063
MigrantInnen	73	87	34	6.934
Menschen mit Behinderungen	14	35	37	9.581
Haushaltsgruppen				
Alleinerziehende	22	71	40	8.726
Familien mit 3 und mehr Kindern	48	89	29	10.996
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	36	84	40	11.652
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 J.	171	91	31	7.967

Q.: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2005 und 2006. Armutsgefährdung bedeutet ein standardisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medianäquivalenzeinkommens. Personenkreise und Haushaltsgruppen beziehen sich auf alle Haushaltspersonen. Die Übertrittswahrscheinlichkeit errechnet sich aus der Zahl der Übertritte gemessen an der Zahl der Risikopopulation für diese Gruppe. Es werden nur Einkommensänderungen von mindestens 5% im Vergleich zum Vorjahr gezählt.

BESCHÄFTIGUNGS-AUFNAHME VON FRAUEN

Die stetig zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöht die Chance von Haushalten, ihr verfügbares Einkommen aus Beschäftigung zu steigern. Dies sollte auch für armutsgefährdete Haushalte gelten. Tatsächlich gehen innerhalb eines Jahres rund 90.000 Personen aus dem Bereich der Armutsgefährdung ab, weil ein weibliches Mitglied des Haushaltes eine Beschäftigung aufnimmt oder intensiviert. Dies entspricht 21% der gesamten Abgänge aus der Armutsgefährdung. Der individuelle Zuwachs am Beschäftigungseinkommen beträgt in diesem Zusammenhang im Mittel rund EUR 4.400,-.

Übersicht 25: Abgänge aus der Armutsgefährdung in Verbindung mit Beschäftigungs-auf- oder -zunahme der Frau im Haushalt zwischen 2005 und 2006

Personenkreise	Anzahl der Übertritte			absolute Einkommensveränderung in EUR (Median)	
	in 1.000	Anteil in %	Übertrittswahrsch.	der Frau	des Haushaltes
Alle	90	21	55	4.367	9.070
Alleinerziehende	12	39	69	7.000	8.726
Familien mit 3 und mehr Kindern	10	19	36	9.800	18.766
Familien mit Kindern unter 4 J.	18	41	49	3.876	5.621
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 J.	44	23	59	4.530	9.070

Q.: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2005 und 2006. Armutsgefährdung bedeutet ein standardisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medianäquivalenzeinkommens. Personenkreise und Haushaltsgruppen beziehen sich auf alle Haushaltspersonen. - Die Übertrittswahrscheinlichkeit errechnet sich aus der Zahl der Übertritte gemessen an der Zahl der Risikopopulation für diese Gruppe.

ÜBERTRITTE UND AKTIVIERUNGSRESSOURCEN

Die Überwindung von Armutsgefährdung steht in engem Zusammenhang mit „Ressourcen zur Aktivierung“, d.h. – wie oben erläutert – dem individuellen Potenzial zur Erzielung von (Erwerbs-)Einkommen. Dies sind in diesem Zusammenhang die Erwerbsaktivität, die Bildungsaktivität und der Gesundheitszustand. Diese Merkmale beeinflussen den Wirkungsgrad sozialpolitischer Maßnahmen und können sie im Einzelfall auch konterkarieren. Ein mangelhafter Gesundheitszustand beispielsweise kann viele Aktivierungsinstrumente der öffentlichen Hand ungeeignet machen. Auch hier kommt es im Zeitverlauf, wie bei der Armutsgefährdung, zu Übertritten.

Übersicht fasst die drei Faktoren der Aktivierung zusammen und zwar für den Fall einer Verringerung eines Ressourcenmangels. Immerhin 26% aller Zugänge in die Armutsgefährdung kamen trotz Verbesserung der Ressourcenlage zustande. Bei den Abgängen standen 46% in Zusammenhang mit verbessertem Aktivierungspotenzial, wobei hier überdurchschnittliche Anteile für zugewanderte Personen und Familien mit Kindern bis 16 Jahre vorliegen.

Greift man nur den Aspekt der Aufnahme einer Beschäftigung als Verbesserung der Ressourcenlage heraus, liegt der Anteil bei den Abgängen höher als bei den Zugängen. Dennoch gibt es 15% der Übertritte in die Armut trotz Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Hierbei ist zu beachten, dass die Schwelle zur Erwerbstätigkeit mit „mindestens einem Monat im Jahr in Beschäftigung“ relativ niedrig angesetzt wurde.

Wichtigstes Ergebnis ist, dass die Beschäftigungsaufnahme einer (zusätzlichen) Person im Haushalt nur in jedem vierten Fall (25%) einen Abgang aus der Armut begünstigt, was die Vermutung nahelegt, dass entweder das Erwerbseinkommen bereits Erwerbstätiger im Haushalt oder das Transfereinkommen wesentlich häufiger einen Unterschied bei der Armutsgefährdung ausmachen.

Übersicht 26: Übertritte in Verbindung mit gestiegenen Aktivierungsressourcen in armutsgefährdeten Haushalten zwischen 2005 und 2006

Personenkreise	Anzahl der Übertritte			absolute Einkommensveränderung in EUR (Median)	
	in 1.000	Anteil in %	Übertrittswahrsch.	der Frau	des Haushaltes
Alle	90	21	55	4.367	9.070
Alleinerziehende	12	39	69	7.000	8.726
Familien mit 3 und mehr Kindern	10	19	36	9.800	18.766
Familien mit Kindern unter 4 J.	18	41	49	3.876	5.621
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 J.	44	23	59	4.530	9.070

Q.: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2005 und 2006. Armutsgefährdung bedeutet ein standardisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medianäquivalenzeinkommens. Personenkreise und Haushaltsgruppen beziehen sich auf alle Haushaltspersonen. - Die Übertrittswahrscheinlichkeit errechnet sich aus der Zahl der Übertritte gemessen an der Zahl der Risikopopulation für diese Gruppe.

Etwas klarer verhält es sich bei Haushalten, in denen mindestens eine Person im Vorjahr einen Bildungsabschluss absolviert hat. Bei nur 6% aller Zugänge waren solche Haushalte inkludiert; demgegenüber stehen 22% aller Abgänge. Der Zusammenhang scheint hier recht eindeutig, besonders für zugewanderte Personen, für die 28% aller Abgänge mit einem Abschluss in Zusammenhang stehen. Eine Verbesserung des Gesundheitszustands steht in anscheinend weniger klarem Zusammenhang mit Übertritten

in Hinblick auf Armutsgefährdung. Es zeigen sich zwar keine großen Differenzen bei der Übertrittswahrscheinlichkeit, jedoch wird eine Tendenz zur Begünstigung von Abgängen durch Verbesserung des Gesundheitszustandes sichtbar.

5. WAS WÄRE WENN? – MODELLRECHNUNGEN UND SIMULATIONEN

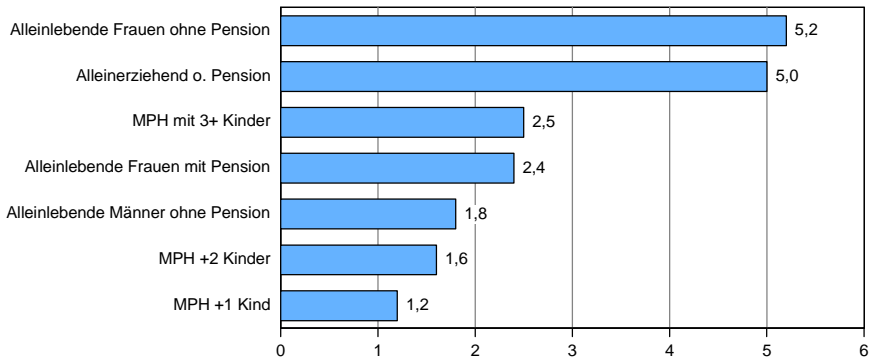
5.1. Risikomultiplikatoren der Armutsgefährdung

Haushalte oder Personen lassen sich in der Regel verschiedenen Kontexten gleichzeitig zuordnen. Die folgende (multivariate) Modellrechnung dient der Abschätzung von Effekten bestimmter Kontexte. Zur Quantifizierung, wie stark bestimmte Merkmale das Risiko der Armutsgefährdung erhöhen, werden kontextspezifische Multiplikatoren der Armutsgefährdung berechnet, die sich kombinieren lassen, um beispielsweise aus verschiedenen Merkmalen kumulierte Gefährdungsrisiken abzuschätzen.

Die Analyse richtet sich nach der spezifischen Wirksamkeit der Kontexte. Da Armutsgefährdung als Merkmal von Haushalten definiert ist, sind solche Risikomultiplikatoren auf Ebene der Haushalte zu identifizieren. Eine Fragestellung nach der Situation von Kindern wird also entsprechend abgewandelt und bezieht sich nun darauf, um welchen Faktor sich das Gefährdungsrisiko erhöht, wenn ein oder mehrere Kinder im Haushalt leben – und zwar für alle Mitglieder.

Natürlich können auch Merkmale einzelner Haushaltsmitglieder für die Schätzung von Risikomultiplikatoren für bestimmte Haushalte herangezogen werden. Dafür wird die hauptverdienende Person im Haushalt ausgewählt und deren persönliche Merkmale in die Schätzung aufgenommen. Zusätzlich können Eigenschaften anderer Haushaltspersonen durch Aggregation auf Haushaltsebene hinzugenommen werden. Um den zeitlichen Trend zu dokumentieren, wurde die Schätzgleichung jeweils für alle verfügbaren Jahre seit 1995 durchgeführt. In Grafik 22 sind die Werte der Balken als Multiplikatoren eines Basisrisikos, in die Armutsgefährdung zu geraten, interpretierbar. Das Basisrisiko wird mittels einer Referenzgruppe definiert, zu welcher sich die anderen Gruppen „relativ“ verhalten.

Grafik 22: Risikomultiplikatoren (odd ratios) für überproportional gefährdete Haushalte¹⁶



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2006.

Bei Variablen mit mehr als zwei Ausprägungen ist es üblich, die größte (dominanteste) Gruppe als Referenzgruppe zu wählen. Werte unter Eins bedeuten ein reduziertes Risiko, Werte über Eins erhöhen die Armutsgefährdung um den angegebenen Faktor. Für die meisten Gruppen zeigen sich in Übersicht signifikante Abweichungen von der Durchschnittsentwicklung. Beispielsweise sind laut Odd-Ratios „Alleinlebende Frauen in Pension“ um das 2,4-fache stärker dem Armutsrisiko ausgesetzt als Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder, die hier die Referenzgruppe darstellen. Besonders stark scheint die Gefährdung für „Alleinlebende Frauen ohne Pension“ und Alleinerziehende zu sein; die Odds liegen bei 5,21 respektive 5. Die Referenzgruppe kann sich gegenüber allen anderen als Gruppe mit dem geringsten Gefährdungsrisiko behaupten. Beim Bildungsstand wird mit einem „Lehrabschluss“ verglichen. Für hauptverdienende Personen mit Matura ergibt sich im Wesentlichen kein Unterschied. Recht deutlich zeigt sich das erhöhte Risiko für Hauptverdienende mit Pflichtschulabschluss. Im Gegensatz dazu haben Akademiker und Akademikerinnen nur ein halb so hohes Armutsgefährdungs-

¹⁶ Unterdurchschnittlich gefährdet sind Alleinlebende Männer mit Pension (0,8) und Mehrpersonenhaushalte mit Pensionen (0,9)

risiko wie Hauptverdienende mit Lehrabschluss.

Übersicht 27: Risikomultiplikatoren der Armutsgefährdung von 1995 bis 2006

	ECHP	EU-SILC	
	1995	2003	2006
Haushaltstypen (vs. MPH ohne Kinder)			
Single Männer mit Pension	9,28 ***	0,55 *	0,82
Single Frauen mit Pension	4,78 ***	0,90	2,40 ***
MPH mit Pension	3,10 ***	0,45 ***	0,94
Single Männer ohne Pension	11,83 ***	1,19	1,83 ***
Single Frauen ohne Pension	5,08 ***	2,63 ***	5,21 ***
Alleinerziehend ohne Pension	4,65 ***	6,36 ***	5,00 ***
MPH +1 Kind	1,35	1,09	1,22
MPH +2 Kinder	1,28	2,38 ***	1,60 ***
MPH +3 oder mehr Kinder	3,95 ***	3,19 ***	2,46 ***
Bildungsstand der hauptverdienenden Person (vs. Lehrabschluss)			
Pflichtschule	2,61 ***	2,62 ***	2,56 ***
Matura	1,30	0,97	0,98
Universität	1,27	0,56 **	0,50 ***
Weitere Merkmale der hauptverdienenden Person			
Arbeitslos	2,39 ***	2,86 ***	2,88 ***
Erwerbsaktiv	2,24	0,44 ***	0,73 **
MigrantIn	2,18 ***	1,68 ***	1,91 ***
Gesundheitliche Probleme	1,52 ***	1,15	1,05
Erwerbstätige Frau im HH	3,14	0,40 ***	0,35 ***
Konstante	0,01 ***	0,20 ***	0,10 ***
Beurteilungskriterien			
Beobachtungen	3.356	4.620	6.028
Log-Likelihood	-1.334	-1.608	-2.038
Pseudo-R ²	0,11	0,14	0,15

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-Silc 2003-2006, EUROSTAT ECHP 1995-2001- Die Koeffizienten sind angegeben als Odds-Ratios. - Die Symbole *, ** und *** indizieren Signifikanz auf 5%, 1%- bzw. 0,5%-Niveau.

Die weiteren Merkmale sind dichotom und haben jeweils die Gegengruppe (also jene, auf welche die gegebene Eigenschaft nicht zutrifft) als Referenzkategorie. Arbeitslosigkeit offenbart sich als bedeutendes Armutsrisiko mit einem Multiplikator von 2,88. Im Gegenzug reduziert eine Erwerbstätigkeit der hauptverdienenden Person das Risiko signifikant. Der überproportionale Anteil von zugewanderten Personen bei den Armutsgefährdeten bestätigt sich auch hier noch einmal. Sehr deutlich zeigt sich der

positive Effekt einer erwerbstätigen Frau im Haushalt, wobei sie hier als Hauptverdienende oder zweite erwerbstätige Person auftreten kann. Das Risiko sinkt hier auf 35% relativ zur Gegengruppe (keine erwerbstätige Frau im Haushalt) herab.

Die Modellgleichung wurde ebenfalls für zurückliegende Erhebungsjahre berechnet. Bei näherer Betrachtung zeigen sich Verringerungen des Armutsrisikos für alle Pensionshaushaltstypen, insbesondere „Alleinlebende Pensionistinnen“, wobei es ab 2005 einen neuerlichen Anstieg gab. Ähnliches gilt für „Alleinlebende Männer ohne Pension“. „Alleinlebende Frauen“ und „Alleinerziehende“ haben ihre Position über die Jahre nicht verbessern können und sind auch im Längsschnitt am meisten vom Armutsrisiko betroffen. Die anderen Haushaltstypen mit Kindern haben relativ stabile Werte über die Zeit. Bei Familien mit drei und mehr Kindern zeichnet sich eine leichte Verbesserung seit 2003 ab.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich für keinen Haushaltstyp die Lage signifikant verschlechtert hat. Beim Bildungsstand zeigt sich, dass Haushalte, in denen die hauptverdienende Person einen akademischen Abschluss besitzt, immer weniger dem Armutsrisiko ausgesetzt sind oder anders ausgedrückt: Der Abstand des Risikos zwischen „Lehrabschlüssen“ und „Universität“ hat sich in den letzten 12 Jahren sichtbar vergrößert. Bei den weiteren Merkmalen fällt auf, dass erwerbstätige Frauen im Haushalt heute einen wesentlich größeren Beitrag zur Senkung des Armutsrisikos leisten als noch vor wenigen Jahren. Zudem verschärft Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren vermehrt das Problem der Armutsgefährdung. Für Migranten und Migrantinnen zeichnet sich ein leicht negativer Trend in Richtung eines höheren Armutsrisikos ab.

5.2. Sensitivitätsrechnungen zur Wirkung genereller Trends¹⁷

Die Strukturveränderungen gegenüber dem Jahr 1995 lassen sich wie folgt zusammenfassen: Anteile von Haushalten in Wien und von Einpersonenhaushalten sowie der Eigentümeranteil sind gestiegen. Auf Personenebene zugenommen hat hingegen der Anteil der Personen über 35 Jahre und Personen mit weiterführendem Schulabschluss. Gestiegen ist auch der Anteil der erwerbstätigen Frauen und der zugewanderten Personen sowie der arbeitslosen Personen. Die Übersicht zeigt, dass die empirische Gefährdungsschwelle aus dem Jahr 2006 um 44 Euro höher liegt als jene mit der simulierten Struktur des Jahres 1995. Trotzdem wurden um 74.000 Personen weniger unter dieser Gefährdungsschwelle beobachtet.

Die simulierte Armutsgefährdungsquote wäre mit 13,5% um 0,9% höher als in EU-SILC 2006. Die simulierte Quote nähert sich an den für das Erhebungsjahr 1995 empirisch beobachteten Wert von 13,8% an. Dies zeigt, dass Strukturveränderungen jedenfalls zur tendenziellen Verringerung der Armutsgefährdeten in den letzten 12 Jahren beigetragen haben.

Eine ähnliche Simulation ist auch zur Prognose der Wirkung zukünftiger Kontextveränderungen bis zum Jahr 2020 möglich (mit Haushalts- und Bevölkerungsprognosen der Statistik Austria). Für die Veränderung des Anteils der erwerbstätigen Frauen wurden Prognosen zur Frauenerwerbsquote herangezogen. Die Entwicklung der Bildungs- und Migrationsanteile wurde auf Basis der jährlichen Veränderung 1995-2006 extrapoliert, Arbeitslosigkeit wurde unverändert angenommen. Diese Prognose signalisiert – bei unveränderten Risikomultiplikatoren – eine geringfügige Zunahme der Armutsgefähr-

¹⁷ Ein Verfahren, mit dem Struktureffekte differenziert abgeschätzt werden können, besteht darin, die Beobachtungsbasis durch Gewichtungsfaktoren simultan an eine vorgegebene Struktur anzupassen. Dafür steht derselbe Kalibrierungsalgorithmus zur Verfügung, mit dem der Datenbestand aus EU-SILC 2006 an externe Randverteilungen von Haushalten und Personen angepasst wurde (zur Gewichtung vgl. Statistik Austria 2008). Wenn nun anstatt der Eckzahlen aus dem Jahr 2006 die Strukturdaten des Jahres 1995 verwendet werden, lassen sich Effekte von Kontextveränderungen abschätzen. Konkret kann die Stichprobe des Jahres 2006 so gewichtet werden, dass sie in bestimmten Merkmalen dieselbe Verteilung aufweist, wie die (gewichtete) Stichprobe aus dem Jahr 1995 (z.B. Bundesländer, Haushaltsgröße bei Haushalten).

dungsquote auf 13,0% innerhalb der nächsten 14 Jahre. Während sich Struktureffekte in der Vergangenheit insgesamt günstig auswirkten, würden zunehmende Arbeitslosigkeit und wachsende Polarisierung der Einkommensverteilung künftig deutlich mehr Interventionen erfordern, um ein Ansteigen der Armutsgefährdung zu verhindern.

Übersicht 28: Strukturveränderungseffekte 1995 bis 2020

	SILC 2006	geschätzter Strukturveränderungseffekt			
		1995	2006-1995	2020	2020-2006
Medianlebensstandard	17.869	16.983	+886	17.271	-598
Armutsgefährdungsschwelle	893	849	+44	864	-30
Armutsgefährdungsquote	12,6	13,5	-0,9	13,0	+0,4
Armutsgefährdete*)	1.027.080	1.101.111	-74.031	1.063.520	+36.440

Q.: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC, Strukturadjustierungen: Mikrozensusjahresdurchschnitt 1995, Statistik Austria Haushalts-, Bevölkerungs- und Erwerbstätigenprognosen. - *) Die Bevölkerung ist seit 1995 um rund 5% gewachsen, zur besseren Veranschaulichung wurde beim Vergleich der Bevölkerungsstand mit 8,2 Mio Personen bzw. 3,5 Mio Haushalte fixiert.

Während Übersicht das simulierte Gesamtsaldo der verschiedenen Strukturveränderungen seit 1995 wiedergibt, zeigt Übersicht 5 partielle Struktureffekte. Beispielsweise schlägt sich die Zunahme der Anzahl der Personen mit Pflichtschulabschluss um 630.000 Personen mit einem Anstieg der Schwelle um 30 Euro und einer Verringerung der Zahl der armutsgefährdeten Personen um rund 36.000 nieder. Ähnlich hoch ist der Effekt, der von der zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit ausgeht. Nach dieser Modellrechnung korrespondiert die Steigerung der Zahl der erwerbstätigen Frauen um 194.000 mit einer Verringerung der Zahl an Armutsgefährdeten um rund 35.000 Personen.

Der Struktureffekt von wachsender Arbeitslosigkeit und Migrationsanteil ist demgegenüber niedriger und bewirkt eine Zunahme der Armutsgefährdung um etwa 6.000 Personen. Der stärkste Struktureffekt geht in dieser Modellrechnung von demographischen Veränderungen aus. Die Verringerung der Haushaltsgröße sowie die demographische Alterung und damit insbesondere die Verringerung der Kinderzahl, haben laut Modellrechnung die Zahl der Armutsgefährdeten um mehr als 80.000 Personen verringert.

Die beobachteten Veränderungen zeigen ein plausibles Bild struktureller Effekte. Im Vergleich zu der mit Transferleistungen erzielten Umverteilung ist deren Wirkung aber bescheiden.

Übersicht 29: Partielle Strukturveränderungseffekte 1995 bis 2006

	Struktur- veränderung	Effekt auf Armutsgefährdung		
		Schwelle	Quote	Anzahl
Personen mit weiterführendem Schulabschluß	+630.997	+30	-0,4	-36.440
Erwerbstätige Frauen	+194.259	+14	-0,4	-35.339
Erwachsene mit Migrationshintergrund	+172.720	-3	+0,1	+6.529
Bezug von Arbeitslosengeld/ Notstandshilfe (mind. 2 Monate)	+90.257	-2	+0,1	+6.089

Q.: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC, Struktur Anpassungen: Mikrozensusjahresdurchschnitt 1995, EUROSTAT ECHP 1995

6. LITERATURVERZEICHNIS

Atkinson, Antony B. (1989): Poverty and Social Security. Harvester Wheatsheaf: New York [u.a.].

Atkinson T. et al. (2002). Social Indicators. The EU and Social Inclusion, Oxford University Press. New York.

Atkinson, T./ Marlier, E./ Nolan, B. (2004). 'Indicators and Targets for Social Inclusion in the European Union', Journal of Common Market Studies, Vol 42 (1) p47–75

Callan, T./Nolan, B./Whelan C. T. (1993). Resources, Deprivation and the Measurement of Poverty. Journal of Social Policy, 1993, 22, (2), 141-172.

Deaton, Angus (1980): The Measurement of Welfare. Theory and Practical Guidelines. Living Standard Measurement Survey, Working Paper Nr. 7. The World Bank: Washington D.C.

Grootaert, Christian (1985): The Conceptual Basis of Measures of Household, Welfare and their Implied Survey Data Requirements. LSMS Working Paper Nr. 19, The World Bank: Washington, D.C.

Haddad, Lawrence und Kanbur, Ravi (1990): How Serious is the Neglect of Intra-Household-Inequality? Economic Journal, Vol. 100, 866-881.

Halleröd, Björn; Larsson, Daniel; Gordon, David und Ritakallio, Veli-Matti (2006): Relative Deprivation: a comparative analyses of Britain, Finland and Sweden. Journal of European Social Policy, Vol. 16, 4, 328-345.

Henke, J./ Till, M./ Schrittwieser, K./ Wagner-Pinter, M. (2008). Eingliederungsbilanzen: Kontextveränderungen und sozialpolitischer Intervention. Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 3. Wien.

Krämer, W. (1997). Statistische Probleme bei der Armutsmessung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit. Nomos-Verlag. Baden-Baden.

Kernbeiß, G./ Lehner, U./ Wagner-Pinter, M. (2008). Armut im Lichte des Haushaltspansels. Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 2. Wien.

Leu, Robert E. (1999): Messung von Armut – Konzepte der Armutsmessung. In: Bundesamt für Statistik (Hrsg.): Armut verstehen – Armut bekämpfen, Bundesamt für Statistik: Neuchatel, 39-62.

Leu, Robert E.; Burri, Stefan und Priester, Tom (1997): Lebensqualität und Armut in der Schweiz. 2. Auflage, Haupt Verlag: Bern.

Palmer, G./Mohibur R. (2002). Monitoring Progress on Poverty. A Policy Guide on the Use of Social Indicators. New Policy Insitute

Piachaud, David (1992): Wie misst man Armut? In: Leibfried, Stephan und Voges, Wolfgang (Hrg.): Armut im Wohlfahrtsstaat. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 32, 63-87.

Ravaillon, Martin (1994): Poverty, Comparisons, Fundamentals of Pure and Applied Economics. Harwood Academic: Chur

Raveaud, G. / Salais, R. (2001). Fighting against Social Exclusion in a European Knowledge-based Society: What Principles of Action? In Mayes, D. / Berghman, J. / Salais, R. (Hrsg.): Social Exclusion and European Policy. Edward Elgar: Cheltenham.

Ringen, S. (1988). Direct and Indirect Measures of Poverty. *Journal of Social Policy*, 1988, 17, (3), 351-365.

Rowntree, B. S. (1901). *Poverty: A Study of Town Life*. London: Macmillan.

Schneidewind, Peter et al. (1985). Mindestlebensstandard in Österreich. Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Nr. 11. Wien: BMSV.

Sen, Amartya K. (1997d). Inequality, unemployment and contemporary Europe. *International Labour Review*, Vol. 136, 2, 155-172.

Statistik Austria (2005). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2003 in Österreich. Wien.

Statistik Austria (2006). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2004 in Österreich. Wien.

Statistik Austria (2007). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2005 in Österreich. Wien.

Statistik Austria (2008). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2006 in Österreich. Wien.

Stromberger, G. (1977). *Die verleugnete Armut*. Österreichische Gesellschaft für Wirtschaftssoziologie. Wien.

Till, M./ Henke, J./ Schrittwieser K. (2008). Indikatorenkatalog. Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 4.. Wien.

Till, M./ Wagner-Pinter, M./Henke, J./Schrittwieser, K. (2008). Indikatoren für ein Monitoring des Strategieberichtes zu Sozialschutz und Soziale Eingliederung. Endbericht. Wien.

Till, M./ Datler, G. (2009). Indikatoren 1995-2008. Armutslagen und Chancen der Eingliederung in Österreich. Wien.

Till-Tentschert, U./Lamei, N./Bauer, M. (2005). Armut und Armutsgefährdung in Österreich 2003. In: Bericht über die soziale Lage 2003-2004. Wien: BMSG. 207-232.

Till, M; Till-Tentschert, U. (2007), "Niedriges Einkommen + materielle Deprivation = soziale Ausgrenzung ? – die konventionelle Armutsberichterstattung und ihre Beschränkungen, Angewandte Sozialforschung 25/1.

Till-Tentschert, U./Weiss, H. (2008). Merkmale deprivierter Lebensführung in Österreich. Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 1. Wien.

Townsend, P. (1979). Poverty in the United Kingdom. A Survey of Household Resources and Standards of Living. Berkeley, University of California.